



w e n i g e r .



HAMBACHER FORST
waldspaziergang
unter beobachtung

ROTE HILFE
kampagne gegen
kriminalisierungen

VERFASSUNGSSCHUTZ
b e o b a c h t e t
j u n g e w e l t ! w t f ?

THE ADVENTURES OF MARX-MAN AND ENGELS-BOY



Zudem ist bekannt:
Wie man hineinschreit in den Wald,
schallt es heraus aus dem Wald.
Also Friede den
teutonischen Urwäldern!

MEW Bd. 1, S. 380

ANZEIGE

SÄGEWERK ★ TRANSPORTE

Nah-
&
Fern-
Umzüge

Pinienstr. 23a
40233 Düsseldorf 02 11 / 2 39 55 13

SÄGEWERK ★ TRANSPORTE

Hier findet Ihr uns – einige ausgewählte Auslagestellen der

TERZ IN TOWN:

HSD-AStA	Münsterstraße 156
White Rabbit	Birkenstraße 126
Regenbogenbuchladen	Lindenstraße 175
Beethoven	Beethovenstraße 38
Café Luso	An der Icklack 2
Kulturbureau K4	Kiefernstraße 4
Zakk	Fichtenstraße 40
Back-Eck	Apollinarisstraße 24
Kassette	Flügelstraße 58
Pitcher	Oberbilker Allee 29
LiZe Hinterhof	Corneliusstraße 108
SHD	Kopernikusstraße 53
BiBaBuZe	Aachener Straße 1
Tigges	Brunnenstraße 1
Metropol	Brunnenstraße 20
Café Grenzenlos	Kronprinzenstraße 113
Café Modigliani	Wissmannstraße 6
Frida	Bilker Allee 4
Blende	Friedrichstraße 122
Frauenberatungsstelle	Talstraße 22-24
Pauls	Düsseldorfer Straße 82
Souterrain Kino im Muggel	Dominikanerstraße 4
Destille	Bilker Straße 46
Zum Goldenen Einhorn	Ratinger Straße 18
Cinema	Schneider-Wibbel-Gasse 5-7
Hitsville Records	Wallstraße 21
FFT Kammerpiele / Jutta	Jahnstr. 3 / Kasernenstr. 6
Waschsalon Rapido	Charlottenstr. 87
WP8	Worringer Platz 8
Stadtbücherei	Bertha-von-Suttner-Platz
NEU jetzt auch in Ratingen:	
Kiosk Özdemir	Düsseldorfer Str. 72
local-unverpackt	Lintorfer Straße 27-29

idiotoreal

Ende Juni, Anfang Juli 1933 fand in Düsseldorf der „3. Waffentag der deutschen Kavallerie“ statt. Stargast war der Ex-Kronprinz Wilhelm, der die Tage nutzte, um dem Nazi-System „erheblichen Vorschub“ zu leisten, indem er als Integrationsfi-

gur dafür sorgte, die alten rechtskonservativen Kreisen näher an das damals noch nicht gefestigte Regime zu binden. (S. 8). Im Jahr 2001 suchte die braune Pest die Stadt wieder heim. Nazi-Skins überfielen drei Personen und verletzten sie zum Teil schwer (S. 4-5). Durch großen Ermittlungseifer zeichneten sich

die Strafverfolgungsbehörden anschließend nicht gerade aus. Der gilt seit jeher eher linken Bewegungen (S. 9) – nicht nur in Deutschland, wie das Beispiel Kolumbien zeigt (S. 11). Aber das lateinamerikanische Land ist auch ein ermutigendes Beispiel dafür, sich von Repression nicht unterkriegen zu lassen.

impresum Inhalt

Herausgeber: FGK e.V.
Himmelgeister Str. 107a
40225 Düsseldorf

V.i.S.d.P.: A. Hoffstadt
Cover: UliXXX

Druck: Neuer Weg, Essen
Erscheinungsweise: monatlich
Ausgabe: Nummer 317
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7; 1/07

Anzeigenschluss: 15. des Vormonats
Red.-Schluss: 12. des Vormonats

Telefon: 0211 / 9347787
(Do.-Abend, sonst AB)
E-Mail: terz@free.de
Internet: <http://www.terz.org>

Bankverbindung:
Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG
Kto.-Inh.: FgK e.V.
IBAN: DE12 4306 0967 4101 9787 00

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser*innen und geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber*innen oder gar des/der V.i.S.d.P. wieder.

Nachdrucke sind mit Quellenangabe und gegen Belegexemplare an die Redaktion erwünscht. Zwei Belegexemplare des Druckwerkes an:

TERZ / FGK e.V.
Himmelgeister Str. 107a
40225 Düsseldorf

Jedes Knastfreiexemplar bleibt Eigentum der Herausgeber*innen, bis es den Gefangenen ausgehändigt ist. Zurhabenahme ist keine Aus-händigung.

Leser*innenbriefe können aus Platzgründen gekürzt werden.

TERZ ist ein Zeitungskollektiv, das offen ist für jede Form von Mitarbeit und Unterstützung. Wir wollen politische und kulturelle Initiativen in dieser Stadt aufgreifen, Missstände thematisieren und die Begrenztheit der Kommunikation sozialer Bewegungen durchbrechen. Deshalb brauchen wir Eure Unterstützung in Form von Infos, Artikeln, Meinungen und Terminen. (Redaktionsschluss ist der 12. des Vormonats).

Nutzt TERZ als Forum
für Diskussion und Streitkultur!

VERMATSCHTES 4-5
kurzmeldungen – veranstaltungen – 20 jahre tiggess-anschlag

RHEINISCHES REVIER 6-7
alle dörfer bleiben – laschet in der braunkohle-bredouille

KEIN VERGESSEN 8
feldgrau wird zu braun – nsdap-waffentag mit wilhelm von preußen

SCHLAPPHÜTE 9
neues vom verfassungsschutz – marx als linksextremist

§§ VS. ANTIFA (I) 10
versammlungsgesetz nrw stoppen! – 26. juni demo in düsseldorf

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT 11
kolumbien im ausnahmestand – kolumbien im aufstand

§§ VS. ANTIFA (II) 12-13
wir sind alle linx! – bundesweite kampagne der roten hilfe

NOISE OF ART 14-15
beuys again – tschibbi's senf, braune flecken und der kojote

HSD-SEITE 16
#flaggezeigen – regenbogenfahne an der hochschule gehisst

MUSIC 17
neues aus der plattenkiste – präsentiert von the oberbilker

BOOKS (I) 18-19
gruppe internationaler kommunisten – der pressedienst

BOOKS (II) 19
bernd bespricht bücher – „why we matter“ von emilia roig

CULTIGE? ZEITEN 20
kuchen & schnittchen – online-, hybrid- und ggg-veranstaltungen

„Zieht Euch warm an!“

Über 1.000 Menschen folgten am 14. Juni einem Aufruf des „Koordinierungskreises antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf“ (ANTIFA-KOK) und versammelten sich auf der Brunnenstraße in Düsseldorf-Bilk vor der Kneipe „Café Tigges“ zu einer spontanen Demonstration. Gegen 23.30 Uhr am Vorabend hatten an dieser Stelle Neonazis mehrere Personen zum Teil schwer verletzt. Mit einer ungewöhnlich ausdrucksstarken und dynamischen Demonstration zogen die Demonstrantinnen, darunter nach Angaben des ANTI-FA-KOK auch innerhalb von sieben Stunden mobilisierte Antifaschistinnen aus über 30 NRW-Städten, durch Bilk zu den Wohnungen von drei Tatbeteiligten. Die dort verkündete Botschaft war mehr als deutlich:



Kurz vor dem Angriff auf der Merowinger-Platz am 14. Juni 2001. Die Pressefotografen des ANTI-FA-KOK versuchten, ein Bild zu machen, das die Demonstration zeigt.

Ein Rechtsmann sieht rot

Mit Beugehaft droht die Staatsanwaltschaft dem jüngsten Opfer von Nazi-Angriffen. An vorderster Front dieser entlarrenden Form von bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit spielt ein Ehrgeizling mit Paragraphen den höchst willigen Vollstrecker: Staatsanwalt Johannes Mocken.

Die juristischen Repressionsmittel zur Beugung widerpassiger Angeklagter sind vielfältig und haben eine lange Geschichte. Ob nun die sogenannte Schutzhaft der Nazi-Juristen oder eben die sogenannte Beugehaft der hundesdeutschen Justiz – es sind rechtsstaatliche Instrumentarien, die bei politischen Prozessen ein Mittel sind, um Angeklagte gefügig zu machen, sie zu bezugen kalt. Die Geschichte des juristischen Umgangs mit Linken in diesem Lande zeigt, dass ein solches Mittel von juristischen Hardlinern gerne auch gegen Zeugen aufgefahren wird, die sich weigern zu denunzieren. In der Praxis ist die Vollstreckung von Beugehaft eine Form von juristischer Prozess gegen die Linke. Auch der Düsseldorfer Staatsanwalt Mocken weiß allerdings, daß er sich mit der Vollstreckung solcher juristischer Zwangsmaßnahmen aufs Glatteis begibt, wenn sie auf solch offensichtlich rein politisch motivierte Fälle zur Drangsalierung von Linken angewendet werden, wie es bei dem Nazi-Angriff in Bilk der Fall ist. In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ führte er daher zur Absicherung das vergleichende Beispiel von „Helmut Kohl an, dem ja auch mit Beugehaft gedroht wurde.“ (Mocken in SZ v. 29.6.01) So richtig die Tat

„Zunächst ist nicht klar, ob die beschriebenen Sachverhalte strafbar sind. Und selbst wenn sie strafbar sind, wären sie inzwischen verjährt.“ So einfach ist das.

• 1996 kommt es zu einem vorbereiteten Brand auf dem Düsseldorfer Flughafen. Insgesamt starben 17 Menschen qualvoll im Qualm. Der Prozess endet in einer Farce aus. Wegen eines alkoholkranken Prozessfreies kommt es zu einem Neuaufrollen des Prozesses im Dezember 2000. Einer der von der Staatsanwaltschaft ausserkoren Verantwortlichen wird nach wenigen Verhandlungstagen freigesprochen und hätte auch Aussagen von Anwälten gar nicht angeklagt werden dürfen.

• Am 30. November 2000 durchsucht ein Großaufgebot der Polizei von 900 Beamten 40 Objekte des Motorradclubs „Hell's Angels“, unter anderem auch das Vereinsgelände in Rath. Ein Sonderinsatzkommando rammt mit einem gepanzerten Fahrzeug das Tor zum Gelände auf. Mit Maschinenpistolen bewaffnete und mit kugelsicheren Westen ausgestattete Beamte stürmen das Gelände, das stundenlang durchsucht wird. 19 Personen werden festgenommen. Insgesamt werden in Deutschland 700 Personen, da-

ren mit rechtswidrigen Schutzgeld erpresst, des öfteren in schweren Auseinandersetzungen mit anderen Motorradgruppen verwickelt waren und noch einiges anderes machten. Hartnäckig halten sich auch die Gerichte, dass die Gruppe erst den Umzug von ihrem ehemaligen Gelände am Vögelanger Weg zustimmte, nachdem einiges an Geld geflossen ist. Wohl erst mit der Rückendeckung (oder aber durch Druck) aus Berlin begann die Staatsanwaltschaft zu ermitteln.

Im Prozess kam heraus, dass die Polizei mindestens 32 Aktenhände sowie mehrere Videos nicht der Staatsanwaltschaft übergeben hatte und diese sie somit auch nicht der Verteidigung geben konnte. Der dann befragte Kommissar gab als Zeuge an, dass nur jene Erkenntnisse, die aus Sicht der Polizei als „positiv“ bewertet wurden – also „eine Tat dokumentierten“ – zu den Hauptakten gelangt seien. Alles übrige habe die Polizei behalten. Nachfrage einer Richterin: „Dann kam entlastendes Material auch nicht zu den Akten?“ Antwort des Zeugen: „Das kann man so sehen.“ Johannes Mocken sieht das nicht so schlimm: „Wir haben keine Anhaltspunkte dafür, dass wichtiges Material nicht zu den Akten gelangt ist, schon gar nicht, dass Alibis unterdrückt wurden.“

Und auch im Verlegen eines rechten Hintergrunds hat die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft eine bemerkenswerte Tradition. Und immer wieder mit da-

„Eine weitere Person ans Messer liefern?“

Christian Happ – Pressesprecher des ASTA der Heinrich Heine Universität und Mitglied im Vorstand des ZAKK e.V. – war eines der drei Opfer des Nazi-Überfalls in Bilk.

Wie ist das überhaupt abgelaufen bei dem Überfall?

C: Das ging alles unheimlich schnell. Wir wurden von hinten unvermittelt von sechs Personen angegriffen. Die haben einfach wild draufgeschlagen. Ich sah im Runddrehen, wie einer der Faschos meinen Bekannten in den Rücken stach, als er versuchte, einen weiteren Angreifer abzuwehren. Ich selbst wurde ebenfalls von zwei Personen attackiert, wovon einer mich gegen einen Bauzaun drückte. Dieser gab nach, und ich fiel auf den Rücken. Der Angreifer saß auf meiner Brust und versuchte mir ins Gesicht zu schlagen. Der Fascho mit dem Messer näherte sich von links und führte einen Stich in Richtung meiner linken Schulter aus. Ich sah den Stich erst zu spät kommen, fühlte den Einstich und konnte meinen Arm nicht mehr richtig bewegen. Ich versuchte jetzt beide Angreifer abzuwehren, konzentrierte mich dabei aber auf den Messerstecher. Der andere schlug mir zweimal mit der Faust ins Gesicht. Der andere stach noch mindestens viermal auf mich ein, wovon mich zwei Stiche am linken Oberarm trafen. Anschließend haute der Messerstecher



Demonstration am 14. Juni

Vor 20 Jahren in der

TERZ-7/8.01

„Wenn Nazi-Aktivitäten in dieser Stadt verharmlost oder gar geleugnet werden ...“

Es gibt Sätze, die zeitlos bleiben. Leider. Ein kurzer Rückblick auf den Nazi-Angriff vor dem „Café Tigges“ in Düsseldorf-Bilk, im Juni vor 20 Jahren

Messerstiche in Rücken, Arm und Schulter, Faustschläge, sogar die Gefahr, mit einem Pflasterstein erschlagen zu werden – dies waren die so bitteren, gewissermaßen handgreiflichen Momente in der Bilanz des Nazi-Angriffs auf Gäste des „Café Tigges“ am Abend des 13. Juni 2001. Vor nun 20 Jahren. Es war Glück, dass der Angriff die Verletzten nicht in Lebensgefahr brachte. Knapp ...

Kurz zuvor waren drei Personen – darunter der damalige Pressesprecher des ASTA der Universität Düsseldorf und ein auswärtiger Journalist – bereits auf ihrem Weg in die Kneipe „Tigges“ auf der Merowinger Straße angepöbelt und mit „Sieg Heil“-Rufen konfrontiert worden. Wohl, wie es später im Verlauf des Strafprozesses hieß: als Provokation. Der später wegen schwerer Körperverletzung und Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen zu 2 1/2 Jahren Haft verurteilte Sven Rippahn hatte in staatsanwaltschaftlicher Vernehmung angesichts der Beweislast gegen ihn ausgesagt, dass er und sein Begleiter und Mittäter Sven Gustavsohn unter den später Angegriffenen eine Person erkannt haben wollten, die Monate zuvor dafür gesorgt hätte, dass die beiden und weitere Personen einer mehrköpfigen Nazi-Skinhead-Gruppe aus dem Lokal „Tigges“ rausgeflogen seien. Wohlgermerkt:

ANZEIGE

SOLIARZEIGE

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE, Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein

Abo bestellen unter: info@linksfraktion-duesseldorf.de

www.linksfraktion-duesseldorf.de

Weil sie dort mit „SA-SS“-Rufen aufgetreten waren. Die beiden irrten – keines ihrer Opfer war an dem besagten Abend Gast im „Tigges“ gewesen. Der Zusammenhang aber, der stimmte.

Angriff mit Unterstützung

Die Nazi-Skins gaben am 13. Juni 2001 nach ihrer unerwiderten Provokation auf der Merowinger Straße erst einmal Ruhe. Kurze Zeit danach aber überholten sie die später Angegriffenen, die ihren Weg zum „Tigges“ fortsetzten. In der Kneipe „Lokomotive“ unterhalb des Bilker-S-Bahnhofs (heute ist dort ein Fritten-Restaurant) holten sie mit dem Vater von Sven Rippahn und zwei weiteren Kneipengästen Verstärkung für ihren Angriff. Sie erreichten die Gruppe im Laufschrift unmittelbar, bevor diese das „Tigges“ betreten konnte. Vor der Tür attackierten sie sofort zwei Personen, den AStA-Referenten und den Journalisten. Sie verletzten sie in gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung, wie es später hieß, mit Faustschlägen und mit zentimetertiefen Messerstichen. Sven Rippahn gestand später, das Tatwerkzeug – wohl ein Taschenmesser – geführt zu haben. Gefunden wurde es nicht.

Unpolitisch?

Am Tag nach dem Angriff folgten über 1.000 Menschen aus Düsseldorf und über 30 NRW-Städten dem Aufruf des „Koordinierungskreises antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf“ (ANTIFA-KOK), die

Nazi-Angriffe nicht unkommentiert zu lassen. In einer spontanen Demonstration, die vom Tatort vor dem „Tigges“ durch Bilk zu den Wohnungen der drei tatbeteiligten Neonazis führte, machten sie auf den neonazistischen Charakter des Angriffs aufmerksam, benannten Täter und Motiv. „Enough is enough. Zieht Euch warm an“ war die klare Botschaft. Sie richtete sich sowohl an die Gruppe der Nazi-Skinheads, zu denen auch Rippahn und Gustavsohn gehörten als auch an die weiteren Vernetzungen bis hin zur „Kameradschaft Düsseldorf“ um Sven Skoda.

Die Strafmittlungsbehörden brauchten für die Erkenntnis, dass es sich um rechtsmotivierte Gewalt gegen „politische Gegner“ gehandelt hat: Wochen. Zwischendurch beschuldigte sie die Opfer, die Ermittlungen zu behindern, bedrohte einen der Verletzten sogar mit Beugehaft für den Fall, dass er über weitere Zeugen schweige. Dieser fand im Juli 2001 im Interview mit der TERZ klare Worte: Solange „Nazi-Aktivitäten in dieser Stadt verharmlost oder gar geleugnet werden“, gelte es, die Angegriffenen und grundsätzlich alle potentiell von Nazi-Gewalt Bedrohten zu schützen. Ohne auf den Staat vertrauen zu können. Das gilt auch 20 Jahre später noch. Wir verlassen uns weiter auf uns selbst. Den Verletzten vom Angriff auf das „Tigges“ am 13. Juni 2001 wünschen wir, dass die zwanzig Jahre „Zeit“ geholfen haben, die Wunden zu heilen. ↴

Fahrrad-Demo für den Weiterbau des Radweges Am Trippelsberg

Sa., 05.06., 12, IHK, Ernst-Schneider Platz über Rathaus zum Trippelsberg

Das Bündnis Mobilitätswende und die Bürgerinitiative Hafenalarm rufen zur Fahrrad-Demonstration auf. Einige am Trippelsberg ansässige Unternehmen, namentlich Tata Steel, beanspruchen den öffentlichen Verkehrsraum für ihren Schwerlast-Verkehr und wollen deshalb die vom Ordnungs- und Verkehrsausschuss (OVA) beschlossene Protected Bikelane (PBL) dort verhindern. Mit Unterstützung der IHK und offenbar auch des OB, der Düsseldorf vor allem als Industriestadt sieht, haben sie bei der Verwaltung einen faktischen Baustopp erwirkt und damit die demokratische Entscheidung vorerst ausgehebelt. ↴

Gestrandet und nicht angekommen: Wie das europäische Asylsystem ein wirkliches Ankommen verhindert

Di., 08.06., 19h, kostenloser Online-Vortrag

Anmeldung: sabine.reimann@hs-duesseldorf.de

Der Vortrag beschäftigt sich mit dem Ankommen von Geflüchteten in Europa sowie der europäischen und deutschen Asylpolitik, mit der sie sich anschließend konfrontiert sehen. Die Dublin-III-Regelung weist sie ohne jegliche Mitbestimmungsmöglichkeit EU-Ländern zu, ohne dass in allen Ländern Mindeststandards einer humanen sozialen oder medizinischen Versorgung sichergestellt werden. So geht für viele Geflüchtete die Odyssee in Europa weiter. In Deutschland finden sich die meisten in Lagern wieder, in denen sie von jeglichem Kontakt zur übrigen Bevölkerung ebenso abgeschnitten sind wie von einer unabhängigen Asylrechtsberatung. Und nicht wenige landen in einer aufenthaltsrechtlichen Illegalität, in der sie entrechtet und noch mehr auf Unterstützung von solidarischen Menschen angewiesen sind. Die Referierenden Jan Lis und Nicole Tauscher sind als Sozialarbeiter*innen tätig bei STAY! Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative e.V.. STAY! unterstützt Geflüchtete in allen aufenthaltsrechtlichen Lagen und setzt im Zusammenspiel mit vielen anderen Initiativen der staatlichen Ausgrenzung Solidarität entgegen. Eine Veranstaltung der Reihe „Flucht - Hilfe - Rettung“ des Erinnerungsort Alter Schlachthof an der Hochschule Düsseldorf (HSD). ↴

unterstützt uns,
it wir weiter
üchtete
rstützen können.

Flüchtlinge Willkommen!



www.stay-duesseldorf.de

SOLIANZEIGE

Lotta
82



**DER GROSSE
ABGESANG**

Niedergang
der neofaschistischen
„Identitären“

Jahresabo über vier Ausgaben
für 19 €. Einzel exemplar
3,50 € zzgl. Versandkosten.
www.lotta-magazin.de

ANZEIGE

komma

Verein für Frauenkommunikation e.V.

NEU



YouTube

kom!ma Frauenkommunikation

www.komma-duesseldorf.de

[draußen]

Rote Linie

Alle Dörfer bleiben

9. Mai 2021

Die Idee: Wir ziehen eine Rote Linie zwischen der Abbruchkante des Tagebaus Hambach und dem nun doch noch verschonten Hambacher Forst. Eine Menschenkette, eine große Choreographie, sozusagen eine „soziale Skulptur“. Das entvölkerte Dorf Manheim - hier widersetzen sich noch 14 Familien den drohenden Baggern - soll vor dem Untergang gerettet werden.

Tatsächlich finden sich statt der angemeldeten 200 Teilnehmer*innen über 750 Menschen ein. Alles ist perfekt organisiert bis hin zur Kameradrohne, um die spektakuläre Aktion weit draußen für die Menschen drinnen zu dokumentieren.

Jahrestage

Am 9. Mai ist Muttertag. Am 9. Mai jährt sich die Kapitulation Deutschlands im 2. Weltkrieg. Am 9. Mai wäre die Widerstandskämpferin Sophie Scholl 100 Jahre geworden.

Am 9. Mai 2021 ist auch der 7. Jahrestag der Initiative Waldspaziergänge von Michael Zobel, der in diesem Zeitraum zu seinen 80 Naturführungen im Braunkohletagebauegebiet bisher über 70.000 Menschen mobilisieren konnte.

Über allem schwebt am 9. Mai der nahende 100. Geburtstag von Joseph Beuys, dem grünen „Erfinder“ der sozialen Skulptur.

Manchmal schafft der Zufall des Zusammentreffens kalendarischer Ereignisse eine Art Mikroklima, das für die Durchführung spektakulärer Events fruchtbar erscheint.

Mikroklima oder die Tücke des Objekts

Das Wetter scheint am 9. Mai 2021 für die geplante Aktion günstig: Strahlender Sonnenschein. Vor Ort allerdings ist das Unterfangen, eine durch rote Tücher verbundene Menschenkette zu bilden, nahezu unmöglich. Der starke Aufwind aus dem angrenzenden Tagebau bläst den Teilnehmer*innen so stark ins Gesicht, dass sie sich nur mit Mühe auf dem aufgeschütteten, unwegsamen Wall halten können. Und auch die eingesetzte Kameradrohne, die alles dokumentieren soll, gerät ins Trudeln. In der Manheimer Bucht ist ein spezielles Mikroklima mit starken Winden und sturmartigen Böen entstanden, ein Mikroklima, das auch den Eichenbeständen im „geretteten“ nahen Hambacher Forst buchstäblich das Wasser abgräbt.

Düsseldorfer Studenten im Kampf mit dem Mikroklima

Die Manheimer Bucht

Manheim ist eins der weitgehend entvölkerten Dörfer in der Hand RWEs. Ein Braunkohleabbau ist hier eigentlich gar nicht mehr vorgesehen. Aber was man einmal hat ... Hier liegen wertvolle Baumaterialien und Füllstoffe für den Tagebau. Und wenn die alle geborgen sind, soll aus der „Manheimer Bucht“, irgendwann einmal ein attraktives Freizeitgebiet werden, sagt RWE. Allerdings muss dafür noch viel Wasser den Rhein runterfließen, um diesen „größten See“ Deutschlands zu füllen. Voraussichtlich wird es in den 80er Jahren dieses Jahrhunderts so weit sein, falls ein zunehmend versiegender Vater Rhein noch in der Lage sein wird, diesen Blutzoll zu entrichten.



[drinnen]

9. Mai 2021. Vor dem Fernseher. Auf keinem Kanal Bilder von der „spektakulären“ Aktion. Dafür bläst Armin Laschet bei Anne Will der Wind kräftig ins Gesicht, als er auf die „Fridays for Future“-Aktivistin Luisa Neubauer trifft. Durch die Bank haben die regierenden Parteien das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Konkretisierung der Klimapolitik gefeiert, als seien ihnen bisher



die Hände gebunden gewesen. Nun hängt Laschet sein Festhalten an der Rheinischen Braunkohle wie ein Klotz am Bein.

Auch am nächsten Tag gibt es keine Notiz in der Presse. Naturführer Zobel beklagt, dass „im WDR, im Aachener Zeitungsverlag, in den Kölner Zeitungen, in der Rheinischen Post ...“ kein Wort zu lesen oder hören gewesen ist. Offensichtlich reicht es nicht, den Medien „soziale Skulpturen“ in Videos mundgerecht zu servieren, um Aufmerksamkeit zu erzielen. Wir werden im Sommer wohl noch ein Schippchen drauflegen müssen, um Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Laschet im Wahlkampf ernsthaft in die Braunkohle-Bredouille zu bringen: Laschet - Lasset!

FOTOS UND TEXT: MICHAEL FLASCHA

Baumhaus Hambacher Forst



Erheblichen Vorschub geleistet in Düsseldorf

Waffentag mit Wilhelm

Der dritte „Waffentag“ und erste in nationalsozialistischer Regie fand Anfang Juli 1933 in Düsseldorf statt. Das noch nicht gefestigte Regime wollte diesen Anlass zu einem Schulterschluss mit den alten konservativen Kräften nutzen. Darum kam dem Besuch des Ex-Kronprinzen Wilhelm von Preußen eine hohe Bedeutung zu. Im Zuge der aktuellen Debatte um die Haltung des Hauses Hohenzollern zum Faschismus dokumentiert dieser Auftritt für den Historiker Jürgen Luh, wie eng die blau-braunen Blutsbande waren.

Nach 1989 witterten die alten Adelsgeschlechter wieder Morgenluft. Die Hohenzollern etwa meldeten Besitzansprüche an tausenden von Kunstgegenständen an, welche die DDR einst in Volkseigentum hatte übergehen lassen. Sie verlangten eine Rückgabe oder eine Entschädigung und beriefen sich dabei auf das Ausgleichleistungsgesetz. Dieses hatte allerdings einen Haken: Es schloss ein Eingehen auf solche Forderungen aus, wenn die Enteigneten dem nationalsozialistischen System „erheblichen Vorschub“ geleistet hatten. Und mit genau diesem Vorwurf sehen sich die Hohenzollern nun konfrontiert. Im Mittelpunkt steht dabei das Verhalten des Ex-Kronprinzen Wilhelm von Preußen. Viele Historiker*innen schreiben ihm eine wichtige Rolle als Integrationsfigur zu, die dafür gesorgt hat, die alten konservativen Eliten an den NS-Staat zu binden. Vor allem in der Anfangszeit des „Dritten Reiches“, da sich die Herrschaft der Braunhemden noch nicht fest etabliert hatte und die NSDAP noch in einer Koalition zusammen mit der DNVP und dem Stahlhelm regierte, kam dem eine große Bedeutung zu.

Seinen ersten Auftritt in dieser Funktion hatte Wilhelm am 21. März 1933 beim „Tag von Potsdam“, der feierlichen Eröffnung des ersten Reichstages nach der Machtergreifung. Schon Ort und Datum waren bewusst gewählt. An einem 21. März hatte sich anno 1871 auch der erste Reichstag des Kaiserreichs konstituiert, und Potsdam war die

ehemalige Residenzstadt der preußischen Könige. Hitler persönlich übernahm es, den Kronprinzen in die Garnisonskirche der Stadt zu bitten, um an der „Vermählung zwischen den Symbolen der alten Größe und der neuen Kraft“ mitzuwirken. Den zweiten Termin in dieser Angelegenheit nahm Wilhelm von Preußen dann in Düsseldorf wahr. Er reiste am 1. Juli 1933 zum „3. Waffentag der deutschen Kavallerie“ an, der sich unter der Ägide der Nazis ein ganz neues Gewand gegeben hatte. „Aus einem um Aufmerksamkeit heischenden, konservativ-nostalgischen Reitertreffen mit Sportveranstaltung und Tierschau wurde eine propagandistische Großveranstaltung im neuen nationalsozialistischen Staat“, konstatiert der Historiker Jürgen Luh. Der Gau-Pressewart der Partei für die Region Köln/Aachen erklärte in seinem Grußwort zum Sinn der Übung: „Wir wollen den Kampf als braune Soldaten fortsetzen, den die feldgrauen Soldaten an alten Fronten begonnen haben (...). Wir wollen kein Bündnis mit Vereinsmeierei, gleich welcher Art, kämpfen aber für eine unlösbare Geschlossenheit.“ Hitler gab derweil in der „Deutschen Kavallerie-Zeitung“ für die Tage als Losung aus, die Hakenkreuz-Fahne „als Fahne der deutschen Erhebung der alten Fahne zur Seite zu stellen“. Düsseldorf befolgte sie geflüssentlich. Hakenkreuz-Flaggen in regelmäßigem Abstand zur preußischen Flagge und zur Flagge des Deutschen Kaiserreiches säumten die Straßen, und auch sonst legte sich die Stadt mächtig ins Zeug. Sie stelle „sich ganz in den Dienst der Sache“, lobte die „Rhein- und Ruhrzeitung“.

Das tat neben dem Ex-Kronprinzen Wilhelm auch der Generalfeldmarschall August von Mackensen, der Schutzherr des Waffenrings der deutschen Kavallerie. Mackensen reiste sogar schon einen Tag früher an, galt es doch, auf der Golzheimer Heide Symbolpolitik zu betreiben. Dort stand nämlich das Ehrengrab Albert Leo Schlageters. Der Freikorps-Kämpfer, einst Mitglied der NSDAP-Tarnorganisation „Großdeutsche Arbeiterpartei“, hatte 1923 einen Sabotage-Akt auf die französische Besatzungsmacht im Rheinland verübt und war dafür hingerichtet worden. Das machte ihn in der Weimarer Republik zu einem Helden rechter Kreise und begründete einen regelrechten

Fotos: Archiv Jürgen Luh

3. Waffentag der deutschen Kavallerie, Düsseldorf 1933. Links: Die Straße ist geschmückt mit Hakenkreuzflaggen, die sich mit der preußischen Flagge und der Flagge des Deutschen Kaiserreichs abwechseln. Unten: Generalfeldmarschall August von Mackensen und Exkronprinz Wilhelm von Preußen inmitten hochrangiger Militärs bei der Abnahme der Parade

Schlageter-Kult, den die Braunhemden nun in die neue Zeit zu überführen gedachten. Zu diesem Behufe adaptierten sie Schlageter „als ersten Soldaten des Dritten Reiches“. Wilhelm von Preußen hätte daran gerne mitgewirkt, musste aber krankheitsbedingt passen. Dafür schickte er Kränze von sich und vom Ex-Kaiser Wilhelm II. aus dessen Exil in Doorn.

Aber zum Höhepunkt des Ganzen, dem „Deutschen Abend“ im Rheinstadion, der sich laut der Rhein- und Ruhrzeitung zu „einer gewaltigen nationalen Kundgebung“ auswuchs, war der Kaiser-Sohn zugegen. Er achtete auch auf die korrekte Garderobe und trug „abweichend von der Norm Totenköpfe auf seinem Husaren-Uniformkragen, die für den Betrachter eine Nähe zur SS-Uniform suggerierten“, wie Luh schreibt. Wilhelm nahm neben von Mackensen auf der Ehrentribüne Platz. Dort lauschte er dann den Worten des Düsseldorfer Oberbürgermeisters Hans Wagenführ, der stolz vermeldete, die Stadt sei belebt von dem Geiste des Kanzlers Hitler und bilde einen Eckstein im stolzen Bau des neuen Deutschlands. Später marschierten vor den Augen Wilhelms tausend SA-Männer in das Stadion ein und bildeten ein Spalier für die feldgrauen Soldaten, die zwanzig alte Regimentsstandarten spazieren trugen. „Deutlicher hätte man es kaum inszenieren können: Die alte Armee wurde von den neuen Braunhemden umschlossen, die ehemaligen kaiserlichen Soldaten unter die NS-Parteisoldaten eingereiht. Es war Höhepunkt und Ausklang des Abends“, resümiert Jürgen Luh.



JAN

Jürgen Luh: Düsseldorf 1933. Der 3. Waffentag der deutschen Kavallerie oder Wie die alten Soldaten in den „neuen Staat“ überführt wurden, in: Texte des RECS #40 (18.03.2021), <https://recs.hypothesen.org/6279>



Marx als Linksextremist



Wo Marx draufsteht, droht Beobachtung? So ergeht es derzeit der Tageszeitung „junge Welt“.
Ein Kommentar zur Beobachtung von Zeitungen, Verlagen und Medienprojekten durch den Verfassungsschutz.

Anfang Mai wurde im Bundestag über den Schutz von Pressefreiheit und Medien debattiert. Dass für die Pressefreiheit von linken Medien ein anderer Maßstab angelegt wird, zeigt das jüngste Beispiel der Tageszeitung „junge Welt“, die unter Beobachtung durch den Inlandsgeheimdienst. Wohlgermerkt einer Beobachtung, die seit Jahren andauert.

Die Praxis, linke Medien mit dieser Form der Repression zu belegen, ist kein alter Schlapphut. So waren in der Vergangenheit auch hiesige Verlage, Medien-, Presse- und Bildungsprojekte im Visier der Dienste. Im NRW-Verfassungsschutzbericht von 2008 tauchten etwa die Zeitung LOTTA oder der Münsteraner Unrast-Verlag auf, auch die TERZ: in der Rubrik „Diskursorientierter Linksextremismus“. Die LOTTA setzte im Frühjahr 2009 vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf die Streichung ihrer Nennung durch (LOTTA #35, Sommer 2009). Die TERZ ergänzte eine eigene Eingabe und verschwand daraufhin ebenfalls aus dem VS-Bericht 2008 (TERZ 07/08.2009). Der Versuch, Verlagen und Zeitungen „verfassungsfeindliche Bestrebungen“ anzuhängen, war gescheitert. „Eine Schlappe für die Schlapphüte“, wie LOTTA damals schrieb. Aber das heißt nicht, dass die Misere mit dem VS damit vorbei ist. Im Gegenteil. Die TERZ veröffentlicht einen Gastkommentar.

Beobachten, um zu Beobachten

Die diesjährige Debatte des Deutschen Bundestags über die Pressefreiheit kam auch auf die Beobachtung der linken Tageszeitung Junge Welt (jW) durch den Verfassungsschutz zu sprechen. Sie fand mit einer Stellungnahme des Bundesinnenministeriums einen aufschlussreichen Abschluss: Der Parlamentarische Staatssekretär Günter Krings verteidigte – nach einer Anfrage der Linken – diese Überwachungspraxis. Die Stellungnahme, die in der Öffentlichkeit kaum beachtet wurde, birgt eine interessante Klarstellung. Vor allem wegen zwei Dingen.

Wo der Extremismus beginnt

Erstens wird mit dieser Beobachtung, die seit mehreren Jahren erfolgt und die für die „junge Welt“ (jW) negative wirtschaftliche Folgen hat, der Aufgabenbereich des deutschen Inlandsgeheimdienstes in bemerkenswerter Weise ausgedehnt. Laut Verfassungsschutzgesetzgebung sollen Organisationen beobachtet werden, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen. Das – teils jahrelange – Zögern der Behörden, Bewegungen wie etwa PEGIDA in diesem Sinne als Beobachtungsobjekt einzustufen, ist ja bekannt. Bei der jW handelt es sich nun offenkundig nicht um eine Organisation. Das Innenministerium nimmt dies auch einerseits zur Kenntnis, wertet aber andererseits die Tatsache, dass sich die jW-Redaktion auf die Marxsche Theorie beruft und dementsprechend vor allem Autor*innen aus dem linken Spektrum zu Wort kommen lässt, als „**Aktionsorientierung**“. Dadurch werden Redakteur*innen, Autor*innen und Leser*innen/Abonent*innen gewissermaßen als ein einheitliches, zumindest vernetztes, tendenziell verfassungsfeindlich agierendes **Kollektiv** in Haftung genommen, obwohl hier von einem Organisierungs- oder Vereinheitlichungsprozess keine Rede sein kann. Jedenfalls muss man festhalten, dass bereits der Diskussionsprozess, der an den Marxismus anknüpft, vom Verdikt des Extremismus getroffen werden soll.

Zweitens wird die Verfassungsfeindlichkeit inhaltlich begründet, und zwar mit der Bezugnahme dieses Diskussionsprozesses auf die marxistische Theorietradition. Marxist*innen hätten die Absicht, so das Bundesministeriums des Innern, „nicht nur zu informieren, sondern eine ›Denkweise‹ herauszubilden, um bei den Bevölkerungsgruppen, die sie als Unterdrückte oder Ausgebeutete identifizieren, Verständnis und die Bereitschaft zum Widerstand hervorzurufen“. Die vermeintliche Verfassungsfeindlichkeit des Marxismus wird dabei paradigmatisch – und angesichts der allseits konstatierten Erfahrungen sozialer Ungleichheit wohl auch nicht ganz zufällig – am Begriff der **Klassengesellschaft** festgemacht. Laut Innenministerium „widerspricht die Aufteilung einer Gesellschaft nach dem Merkmal der produktionsorientierten Klassenzugehörigkeit der Garantie der Menschenwürde. Menschen dürfen nicht zum ›bloßen Objekt‹ degradiert oder einem Kollektiv untergeordnet werden, sondern der einzelne ist stets als grundsätzlich frei zu behandeln.“ Also ist über die Diskussion hinaus bereits die **theoretische Grundlage** ein Fall für den Verfassungsschutz (VS).

Redaktionelle Verantwortung: neu gefragt

Was müssen nun Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften in Zukunft beachten? Beispielhaft könnte man die letzte Veröffentlichung des Armutsforschers Christoph Butterwegge, Mitglied im Gutachtergremium des neuen Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, zur „Ungleichheit in der Klassengesellschaft“ (2020) nehmen. Butterwegge hat in der jW eine Kurzfassung seiner Ungleichheits-Studie veröffentlicht. Nach den Klarstellungen des Innenministeriums müssen Redakteure und Redakteurinnen jetzt in doppelter Weise auf der Hut sein:

Formal wäre Butterwegge als jW-Autor ein Fall für die vom VS inkriminierte Strategie des Blattes, auf die Öffentlichkeit einzuwirken; er vertritt dort „eine bestimmte inhaltliche Linie“, die die „Meinungsbildung der Bevölkerung“ beeinflussen will (dies sind die vom Bundesministerium des Innern benannten linksextremistischen Merkmale), und trägt das sogar in andere Medien. **Inhaltlich** würde es ebenfalls zutreffen, denn Butterwegges letzte Publikation bezieht sich explizit auf die Diagnose der Klassengesellschaft, der aktuelle Relevanz zugesprochen wird.

Der Verfassungsschutz setzt dabei eine Linie fort, die er bereits vor Jahren einschlug. Der Marxismus wurde, so zum Beispiel vom VS-Experten Armin Pfahl-Traughber, als verfassungsfeindliches Programm identifiziert, und zwar im Blick auf den Modus der Rezeption: Wer Marxens Ausführungen für richtig hält, ist ein*e Extremist*in und wird damit tendenziell aus dem öffentlichen Diskurs ausgegrenzt; wer sich aus einer Distanz heraus auf die Theorie bezieht und sie weiterentwickelt, revidiert, kritisiert etc., darf das ungehindert tun. Das jüngste Beispiel für den expansiven Kurs des VS, die Meinungsbildung unter Kontrolle zu bringen, war übrigens die Konstruktion eines neuen extremistischen Tatbestands, nämlich die „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“. Sie wurde zur Überwachung der „Querdenker*innen“-Szene erdacht. Man sieht, die Zulassungsbedingungen zum öffentlichen Diskurs werden neu geregelt – und das zu einem Zeitpunkt, wo Deutschland lautstark die Unterdrückung der Pressefreiheit in anderen Ländern wie China oder Russland anprangert. Bleibt die Frage, was man als Aufklärung über gesellschaftliche Sachverhalte heute noch sagen darf, ohne ins extremistische Fahrwasser und damit ins Visier des hochgerüsteten deutschen Sicherheitsapparates zu gelangen.

JOHANNES SCHILLO

¹ („Doppelte Standards“ (jW-Artikel vom 8. Mai 2021, zu lesen unter: <https://www.jungewelt.de/artikel/402169.junge-welt-und-verfassungsschutz-doppelte-standards.html>)

² Vgl. „Marx als Linksextremist“, in: J. Schillo, Zurück zum Original, 2015, S. 87ff



Der Feind steht Links, oder was?

Versammlungsgesetz NRW stoppen!

Mit einem massiven Angriff auf das Versammlungsrecht will die nordrhein-westfälische Landesregierung Demonstrationen und Kundgebungen massiv einschränken. Dagegen gibt es seit Wochen Proteste. Für Samstag, den 26. Juni 2021 ruft ein landesweites Aktionsbündnis zu einer Demonstration in Düsseldorf auf.

Aktuell gilt in Nordrhein-Westfalen das Versammlungsrecht des Bundes. Das reicht der rechten Landesregierung aus CDU und FDP aber nicht mehr. Sie legte im Januar 2021 einen Gesetzesentwurf für ein neues Versammlungsgesetz vor – aus eigener Initiative und als Antwort auf einen im Herbst letzten Jahres formulierten Vorschlag der SPD-Opportunistenfraktion, das NRW ein neues Versammlungsgesetz brauche. Diese Steilvorlage nahm das Innenministerium unter Herbert Reul (CDU) dankend an. Im nun vorliegenden Gesetzesentwurf wird deutlich, dass es seinen Macher*innen um nicht weniger als die massive Behinderung des Rechts auf Demonstrationsfreiheit geht. Denn sie ist ihnen ein Dorn im Auge. Oder sollen wir lieber sagen: ihnen und der Polizei und deren Lobbyorganisationen wie der GdP (Gewerkschaft der Polizei) und der DPoG NRW (Deutsche Polizeigewerkschaft Nordrhein-Westfalen)?

Polizei macht Gesetze?

Die Polizei – z. B. in Düsseldorf – jammert schon länger über die Mühen, die die vielen Demonstrationen in der Landeshauptstadt den Sicherheitsbehörden bereiten. Sie machte auch nie einen Hehl, daraus, wer da vor allem nervt: Es sind die linken Demonstrationen, die soviel Aufwand benötigen, insbesondere wenn sie sich gegen Nazis und Konsorten richten. Für die Polizei sind es also kurzum die Linken, die stören. Eben dieser rechte Geist findet sich im Gesetzesentwurf wieder. Er liest sich wie ein Wunschkonzert nach der Pfeife der Polizei. Es wird nicht das Versammlungsrecht gestärkt, freilich. Massiv ausgeweitet werden vielmehr die Eingriffsmöglichkeiten.

Schon jetzt wird das im Grundgesetz verankerte Versammlungsrecht erheblich eingeschränkt. Dennoch stand das Recht der freien Versammlung über dem wesentlich rigideren Polizeirecht. So liegen z. B. die Hürden für ein Verbot einer Demonstration rechtlich sehr hoch und führen dazu, dass

polizeiliche Verbote häufig von Gerichten kassiert werden. Viele Aktivitäten auf Demonstrationen sind bisher als Teil des Demonstrationsgeschehens durch das Recht der freien Versammlung und der Meinungsfreiheit geschützt; außerhalb von Demonstrationen können sie durch Polizeirecht verfolgt werden. Auch der Hin- wie Rückweg zu und von einer Demonstration ist aktuell durch das Versammlungsrecht geschützt. Und die Eingriffsmöglichkeiten in einen Demonstrationsverlauf sind beschränkt.

Dass sich die Polizei oftmals nicht darum schert, ist immer wieder Anlass für rechtliche Auseinandersetzungen. Mit dem Gesetzesentwurf wird dies

Lücken in der Rechtsauslegung angreifen und die Deutungshoheit der Polizei über die Freiheit des Demonstrationsrechts ins Wanken bringen lassen. Vielleicht.

Im neuen Gesetz wird Demonstrant*innen pauschal von vornherein eine kriminelle Absicht unterstellt. Viele Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, von der Teilnahme an und damit der Wahrnehmung des fundamentalen Rechtes auf Versammlungen abzuschrecken. Zudem droht jederzeit das Verbot einer Demonstration, wenn die laut neuem Versammlungsgesetz vorgesehenen strukturellen Auflagen nicht erfüllt würden. Neu ist da etwa, dass die Versammlungsmeldenden

die Namen aller Ordner*innen bei der Polizei werden angeben müssen. Und durch die nun geschaffene Möglichkeit, die gesamte Demonstration zudem offen und geheim zu observieren und das Material auszuwerten und aufzubewahren, wird jede*r Einzelne präventiv überwacht und ist identifizierbar. Jetzt und später. Gespeichert im Zusammenhang mit dem Anliegen, dass die Demonstration, bei der sie und er teilgenommen haben, auf die Straße getragen hat. Einfach so.

Wer geht unter diesen Voraussetzungen noch engagiert auf eine Demonstration und nimmt sein und ihr Recht auf Versammlungsfreiheit wahr? Mit der gleichzeitig geschaffenen Möglichkeit, Menschen pauschal die Teilnahme an einer Demonstration oder Kundgebung zu verbieten, weil die Polizei sie etwa in ihren Datenbeständen wiederzufinden glaubt und präventiv ausschließen möchte, wird das Recht der Versammlungsfreiheit am Ende sogar faktisch aufgehoben. Das er-

klärte Ziel des Gesetzes des Law & Order-Hardliners Reul sowie der CDU/FDP-Landesregierung ist es, unliebsame Demonstrationen möglichst zu verhindern, sie zumindest aber in ihrer Zahl zu beschränken.

Welche Demonstrationen sie dabei vor allem meinen, wird mit mehreren Beispielen im Gesetzesentwurf deutlich: Es sind die kreativen Klimaproteste, die antifaschistischen Aktionen und generell alles was links ist. Im rechten Mief eines Herbert Reul heißt es weiterhin: Der Feind steht Links.

**VERSAMMLUNGSGESETZ
NRW STOPPEN!
GRUNDRECHTE ERHALTEN!**

» Demokratie braucht lebendige Demonstrationen.
» Der Gesetzesentwurf ist ein Angriff auf die Zivilgesellschaft.

NRW-WEITE
DEMONSTRATION
26.06. DÜSSELDORF
AB 13:00 UHR // DGB-HAUS/FRIEDRICH EBERT STRASSE 34-38

Den Angriff auf die Versammlungsfreiheit abwehren!
Das neue Versammlungsgesetz NRW umfasst:

- » die Ausweitung der Videoüberwachung von Demonstrationen
- » die Kriminalisierung einheitlicher Kleidung, z.B. der weißen Maleranzüge der Klimagerechtigkeitsbewegung
- » die Erschwerung antifaschistischer Gegenproteste durch ein erweitertes Störungsverbot
- » die Durchführung von anlasslosen Polizeikontrollen und Durchsuchungen, die den Zugang zu Demonstrationen erschweren können
- » mehr Hürden bei der Anmeldung von Versammlungen
- » die Festschreibung der Strafbarkeit von „Vermummungen“ und „Schutzausrüstung“
- » erleichterte Beschränkungen und Verbote durch die Polizei

nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de
#VersGNRWstoppen #NoVersGNRW

Für einen reibungslosen Ablauf bitten wir um Hygienemaßnahmen und bitte auf die Website schauen

nun alles anders, macht lästige Klagen gegen übergreifende Polizeiarbeit im Demonstrationsgeschehen demnächst hinfällig. Denn der Entwurf beschneidet die Versammlungsfreiheit und unterwirft es dem Polizeirecht.

Die Welt, wie sie der Polizei gefällt

Die Ausführungen im Entwurf sind dabei so ungenau, dass die Polizei selbst bestimmen kann, wie sie diese auslegt. Mit anderen Worten: Der polizeilichen Willkür werden großzügig Tür und Tor geöffnet. Erst nachträglich – nach langwierigen und teuren Gerichtsverfahren – werden sich etwaige

Weitere Informationen zum neuen Versammlungsgesetz unter:
<https://www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de>

„Wenn das Volk in der Pandemie auf die Straße geht, ist es, weil die Regierung gefährlicher als das Virus ist“

Kolumbien im Ausnahmezustand

Mehrere hundert Menschen demonstrierten am 9. Mai in Düsseldorf vor dem Apollo-Theater unter dem Motto „SOS Colombia“.

Gegen den fortwährenden Ausnahmezustand, gegen die in der Pandemie noch weiter zunehmende Verarmung eines großen Teils der Bevölkerung, gegen die Ermordung von Demonstrant*innen in den Straßen der Städte Cali und Bogota und gegen den kolumbianischen Präsidenten Iván Duque, der keine Perspektive für Frieden schafft, sondern mit massiver Repression und mit Menschenrechtsverletzungen gegen jede Form von Widerstand vorgeht, der sich gegen sein Regime richtet.

Auch am 22. Mai fand in Düsseldorf eine größere Demonstration mit 200 Menschen statt, die in Solidarität mit den kolumbianischen Protestierenden und Streikenden auf die Straße gehen.

„SOS Colombia“

Seit Ende April befindet sich Kolumbien im Ausnahmezustand, angefangen mit Protesten gegen eine drohende Mehrwertsteuererhöhung (die inzwischen zurückgenommen wurde). Soziale Bewegungen hatten für den 28. April zum Generalstreik aufgerufen – die angekündigte Steuerreform drohte in erster Linie die Mittelschicht und diejenigen zu treffen, die sowieso kaum genug Geld zum Leben haben. Eine massive Verteuerung von Grundnahrungsmitteln war zu befürchten. Auf die Straße gehen täglich große Teile der Bevölkerung, die für ein Leben in Frieden und ohne Hunger demonstrieren.

In Kolumbien leben mehr als 20 Millionen Menschen in Armut, die im Land wütende Corona-Pandemie verschärft die Situation zusätzlich,

viele Menschen verlieren ihren (oftmals sowieso prekären) Job. Die Konsequenzen sind inzwischen deutlich sichtbar. Wo rote Tücher in den Fenstern eines Hauses hängen, bedeutet dies: Hier leben Menschen, die hungern.

Geld wird von der Regierung allerdings nicht in Armutsbekämpfung, Gesundheitsversorgung und Bildung gesteckt, sondern unter anderem in Militärausgaben und Aufrüstung der Polizei.

„Kolumbien ist eine Diktatur, verkleidet als Demokratie“

Die Menschen in Kolumbien demonstrieren für Frieden. Seit dem international hochgelobten Friedensabkommen der Regierung mit der FARC im Jahr 2016 sind in Kolumbien über 1.000 Aktivist*innen der neuen sozialen und politischen Bewegungen, Menschenrechtsaktivist*innen und ehemalige FARC-Kämpfer*innen ermordet worden. Die Zahl der Menschenrechtsverletzungen steigt, Proteste der indigenen Bevölkerung werden militärisch niedergeschlagen. Aktivist*innen werden weiterhin durch Morddrohungen eingeschüchert. Auch Armut, Gewalt und Ungleichheit in Kolumbien sind durch das Friedensabkommen nicht geringer geworden.

„Wir werden ermordet mit deutschen Waffen“

... rufen die Demonstrant*innen in Düsseldorf. Trotz der katastrophalen Menschenrechtssituation in Kolumbien wurden allein zwischen 2001 und 2018 mit Genehmigung der Bundesregierung Rüstungsgüter im Wert von mehr als 320 Millionen Euro nach Kolumbien exportiert (siehe waffenexporte.org).

„Die Regierung tötet Zivilisten, die in Würde leben wollen“

Und auch die aktuellen Proteste, bei denen es schon lange nicht mehr um eine Steuerreform, sondern um den Wunsch nach umfassenden Veränderungen und die Absetzung des Präsidenten Duque geht, werden brutal angegriffen. Allein in Cali, einer der Zentren der Proteste, sind über 100 Menschen verschwunden, mindestens 40 Aktivist*innen wurden getötet.

Polizei und deren Sondereinheiten, vermutlich unterstützt von paramilitärischen Gruppen, greifen die Aktivist*innen an, verhaften sie willkürlich. Trotzdem gehen die Proteste weiter.

„Die Hoffnung auf ein besseres Leben“ ...

... ist das, was die Menschen bei der Stange hält. Überall in den Städten und auf dem Land gibt es große übergreifende Mobilisierungen. Die „erste Reihe“ schützt die Demonstrationen und Blockadepunkte, andere wiederum unterstützen die Proteste durch tägliche Essensversorgung. Auf den Straßen entstehen selbstorganisierte Gesundheitsstationen, wo alle behandelt werden, Kultur und Selbstorganisation finden überall ihren Raum, trotz all der Gewalt wird die Bewegung nicht kleiner, sondern immer mehr Menschen werden mobilisiert.

MAJA GANS

Kolumbien im Aufstand

Ein Land im Aufbruch - wer sind die Menschen, die seit über einem Monat auf den Straßen sind? Was wollen Sie? Was hoffen Sie? Wie sieht die Menschenrechtssituation in Kolumbien aus? Was machen Polizei und Militär? Wie sind die internationalen Reaktionen?

Online-Veranstaltung am Donnerstag, den 10. Juni um 19.30 Uhr organisiert von ifuriosi (Interventionistische Linke, Düsseldorf) und ZAKK e.V.

In Kürze mehr auf dem facebook-Account von ifuriosi unter: <https://www.facebook.com/Ifuriosi>



Wir sind alle Antifa – Wir sind alle LinX!

Zur bundesweiten Kampagne der Roten Hilfe gegen die Kriminalisierung von Antifaschismus

Wir erleben in Düsseldorf und darüber hinaus seit geraumer Zeit zunehmende Repressionen gegen Antifaschist*innen, in unterschiedlicher Weise. Antifaschistische Gruppen und Initiativen rücken immer stärker in den Fokus von Polizei und Justiz. Dagegen setzen wir uns solidarisch zur Wehr, am 8. Mai mit einer kraftvollen Demonstration durch Düsseldorf!

Repression gegen Antifa

Die Liste der Repressionen, die jüngst gegen Antifas in Deutschland erfolgten, ist lang. Hier ein Einblick in die massivsten Kriminalisierungsversuche:

Im niedersächsischen Landtag wurde dem Thema Antifa höchste Priorität eingeräumt. Der dortige Innenminister Boris Pistorius (SPD) regte im Januar 2021 das Verbot antifaschistischer Gruppen an. Der krude Vorschlag verschwand fast so flott, wie er kam. In Sachsen sollen Jugendzentren ihre Förderung verlieren. In Leipzig-Connewitz und weiteren Städten razzten die Sicherheits- und Staatsschutzbehörden zahlreiche Wohnungen, die Auseinandersetzungen auf den Connewitzer Straßen zu Silvester 2020 waren hier ein willkommenen Anlass, Durchsuchungen durchzuführen. Auch in Düsseldorf waren zwei Aktivist*innen Anfang 2021 mit Hausdurchsuchungen konfrontiert, da lokale Burschenschaftler den Cops gegenüber angegeben hatten, Gewalt durch sie erfahren zu haben (siehe Terz 02.2021). In Stuttgart sind die Antifaschisten Jo und Dy wegen der angeblichen Beteiligung an einer Auseinandersetzung mit Faschist*innen angeklagt. Hausdurchsuchungen gegen Linke gehen in Dutzende, etwa im August 2020 in Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und NRW. Die Inhaftierung der Antifaschistin Lina im November 2020 lässt sich ebenfalls in die Kriminalisierungsversuche gegenüber antifaschistischem Engagement einordnen. Am 14.

November 2020 hat das Bündnis BlockZHG (in Aktion gegen das „Zentrale Heldengedenken“, also „ZHG“) in Remagen erfolgreich die Route eines Nazi-„Trauer“- und „Gedenkmarsches“ blockiert. Dort prügelte die

Polizei auf die Teilnehmenden der Proteste gegen den Nazi-Aufmarsch ein, kesselte sie ein und verhinderte die Einhaltung des Corona-Abstandes. Dies sind keine Einzelfälle. Repression gegen Antifaschismus hat in Deutschland System. In dem Land, das am 8. Mai 1945 vom Faschismus befreit wurde. Allein im Jahr 2020 hat die Rote Hilfe e.V. 221 Aktivist*innen finanziell unterstützt, die auf Grund antifaschistischer und antirassistischer Aktionen nach dem Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland strafrechtlich verfolgt wurden. Aktivist*innen, die sich gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft stark machen und sich gegen Rassismus zur Wehr setzen, werden kriminalisiert.

Erstarken der Rechten

All dies geschieht zu einer Zeit, in der Faschist*innen wieder Land gewinnen – ob auf den Straßen oder in den Parlamenten, in Deutschland und weltweit. Durch das Erstarken der AfD in vielen Kommunen wird Druck auf linke und (sozio-)kulturelle Einrichtungen ausgeübt. Nicht nur die Wahlerfolge der rechten Partei zeigen, dass die faschistische Gefahr wieder aktuell ist. Es ist noch nicht lange her, dass die Morde des NSU und die möglichen Anteile von Behörden wie dem Verfassungsschutz bekannt wurden. Knapp zehn Jahre später folgt der antisemitische Anschlag in Halle (Oktober 2019) – der Täter sitzt nun

lebenslang in Haft. Kurz zuvor wurde von einem Rassistin ein CDU-Politiker in Kassel getötet (Juni 2019) – das Revisionsverfahren gegen den „Einzeltäter“ Stephan Ernst läuft noch. Am 19. Februar 2020 wurden in Hanau aus rassistischen Motiven neun Menschen getötet; willkürlich, weil sie dem rassistischen Täter nicht ins Deutschlandbild passten. Beinahe täglich erreichen uns neue Meldungen über rechte Netzwerke innerhalb der Sicherheitsbehörden, parallel dazu verschwinden Waffen, Munition und Sprengstoff aus ihren Beständen. In rassistischen, antisemitischen, misogynen und LGBTQ*-feindlichen Chatgruppen radikalisiert sich eine breiter werdende extreme Rechte für den Tag X. Mit dabei sind Reservisten, Beamt*innen der Kriminalpolizei und Angehörige von Spezialeinsatzkommandos. Rechte bewaffnete Gruppen entstehen allorts und die Dunkelziffer derer, die nicht auffliegen, dürfte noch viel höher sein. Aktuell findet in Stuttgart Stammheim ein Prozess gegen die „Gruppe S“ statt, die im Verdacht steht, terroristische Anschläge geplant zu haben. Wahrscheinlich ist dort aber nur die „Spitze des Eisbergs“ angeklagt. Der Prozess gegen den Bundeswehrsoldaten Franco A., der sich als syrischer Flüchtling ausgab und Anschläge plante, läuft aktuell.

Antifaschistische Reaktion und der §129

Als Reaktion auf die neuen rechten Bewegungen und das Erstarken faschistischer Strukturen steigen die antifaschistischen Aktivitäten. Der Staat reagiert mit Kriminalisierung und Verfolgung. Besonders in Sachsen: von Lothar König, den Ermittlungen gegen „Dresden Nazifrei“, über die Verfolgung linker Fußballfans der BSG Chemie Leipzig. Im November 2019 wurde eine „Soko Linx“ beim sächsischen LKA gegründet. Die Verhaftung der Antifaschistin Lina durch verummte Polizisten und der anschließende Helikopterflug von Leipzig nach Karlsruhe sollten bewusst Bilder der Bedrohung durch vermeintlich linken Terror erzeugen. Auch in der bundesweiten Berichterstattung werden die Verhaftung und das Verfahren aufgeblasen. Dafür ließen die Generalbundesanwaltschaft sowie das LKA Sachsen gezielt Informationen an die rechts-konservative Boulevardpresse durchsickern. Seit Jahrzehnten





Bilder von der Demo am 8. Mai 2021: Rote Hilfe - Ortsgruppe Düsseldorf-Neuss

ein Tag, um auf die Straße zu gehen! „Am heutigen 8. Mai erinnern wir an die Befreiung vom Faschismus und die zahllosen Opfer der Nazis. Und wir richten unseren Blick nach vorne im Kampf gegen alte und neue Rechte, mit denen wir tagtäglich konfrontiert sind und denen wir uns im Heute entgegenstellen,“ so Henning von Stoltzenberg vom Bundesvorstand der Rote Hilfe e.V. in seinem Redebeitrag. Zudem gab es starke Redebeiträge von der VVN-BdA, dem SDS und [see red!] IL Düsseldorf sowie von den kurdischen Gruppen Azadi und Fed-Med. Der Demonstration haben sich viele kurdische

wird mithilfe der Konstruktion von §129 StGB-Verfahren (Bildung krimineller Vereinigungen) gegen Linke ermittelt. Diesen Paragrafen nutzen Staatsanwaltschaften und Polizei gern, um linke Gruppen zu bedrohen, schlimmstenfalls zu zerschlagen. Er ist ein Instrument, um Strukturen zu durchleuchten und sensible persönliche Daten zu sammeln. Zugleich können Gruppen und Einzelpersonen in der Öffentlichkeit als Kriminelle dargestellt und stigmatisiert werden. Ob sich der Vorwurf am Ende vor Gericht erhärten lässt, ist dabei zweitrangig. Der Tatvorwurf allein gibt die Handhabe für weitreichende Ermittlungen.

Bundesweite Kampagne: Wir sind alle Antifa! – Wir sind alle LinX!

Als Antwort auf diese Repressionen ruft die Rote Hilfe e.V. dazu auf, sich gegen diese strategische, auf extremismustheoretischen Ansätzen fußende Kriminalisierung von Antifaschismus zu stellen. Denn in diesen Zeiten braucht es einen starken zivilgesellschaftlichen Antifaschismus. Die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald schworen bei der Befreiung des Lagers am 19. April 1945: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Ihre Losung ist die unsere.

Darum hat sich die Rote Hilfe mit den Gruppen, die sich aktuell lokal gegen Repression von Antifas einsetzen, zusammengeschlossen, um die lokalen Bündnisse zusammenzubringen und die gemeinsame Stärke zu fördern.

Am 18. März 2021 gingen einige Kampagnen an die Öffentlichkeit:

- In Leipzig „Wir sind alle LinX! – Kampagne gegen die Kriminalisierung von Antifaschismus“ und freiheitfuerlina.noblogs.org. Lina sitzt seit über sechs Monaten in U-Haft, Anfang Mai wurde diese verlängert!

- In Stuttgart: „Antifaschismus bleibt notwendig. Solidarität mit den von Repression betroffenen Antifaschist*innen in Ba-Wü“, wo aktuell der Prozess gegen Dy und Jo läuft, wobei Dy weiter in U-Haft sitzt!

- In Frankfurt am Main „129 – Respekt wer’s selber macht“

Die bundesweite Verbindung unter dem Slogan „Wir sind alle Antifa! – Wir sind alle LinX!“ beginnt gerade erst, sie hat noch viel vor! Die Kampagne ist ein Bekenntnis zu konsequentem Antifaschismus und sie fordert Freiheit für Lina und anderen gefangenen Antifaschist*innen.

Wir sind alle Antifa! Lokal in Düsseldorf

Den 8. Mai, dem Jahrestag zur Befreiung vom Faschismus, haben wir in Düsseldorf genutzt, um uns gegen die Kriminalisierung von Antifaschist*innen zur Wehr zu setzen. Dies war

ein Tag, um an die zu erinnern, die Opfer des faschistischen Regimes wurden. Darum haben wir die Mahnwache der VVN-BdA am Denkmal für die Opfer des ehemaligen KZ-Außenlagers an der Kirchfeldstraße besucht zum gemeinsamen Gedenken. Wir haben im Anschluss gezeigt, dass wir immer noch als Antifaschist*innen Schulter an Schulter auf die Straße gehen: Mit einer kraftvollen Demonstration mit rund 500 Teilnehmenden sind wir durch Düsseldorf gezogen und haben unsere Forderungen deutlich gemacht: Solidarität ist unsere Antwort auf Repression. Wer sich Faschist*innen in den Weg stellt und damit Faschismus beenden will, für den*die ist der 8. Mai

Freund*innen angeschlossen, die gegen den Angriffskrieg auf Afrin und damit gegen das faschistische Regime in der Türkei auf die Straße gingen. Kundgebung und Demo am 8. Mai zeigten eindrucksvoll: Als Antifaschist*innen stehen wir solidarisch zusammen! So begreift sich auch die Rote Hilfe: als Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt. Unsere Solidarität gilt allen, die als

Linke wegen ihres politischen Handelns, z. B. wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit für staatsverunglimpfende Schriften, wegen Teilnahme an spontanen Streiks oder wegen Widerstand gegen polizeiliche Übergriffe ihren Arbeitsplatz verlieren, vor Gericht gestellt, verurteilt werden. Ebenso denen, die für ihr antifaschistisches Engagement Repressionen erfahren.

Update

vom 30. Mai 2021: Am Freitag, den 28. Mai 2021 hat die Generalbundesanwaltschaft Anklage gegen Lina E. erhoben - wegen „Mitgliedschaft in einer linksextremistischen Kriminellen Vereinigung“, wie es heißt. Sogar die bürgerliche Presse fragt sich inzwischen, ob die Justiz- und Ermittlungsbehörden „ein Exempel statuieren“ wollen. Die Klageerhebung bedeutet aber auch, dass Lina in Haft bleiben wird. Unterstützung ist notwendig: <https://freiheitfuerlina.noblogs.org/solidarity/>

Wir fordern das Ende der Kriminalisierung von Antifaschismus, die Freilassung von allen Antifaschist*innen – für eine solidarische Gesellschaft!

ROTE HILFE – ORTSGRUPPE DÜSSELDORF-NEUSS

Die kompletten Reden zur Demo sind hier nachzulesen:

<https://rhduesseldorf.blackblogs.org/>
Lokale Kampagnen:
wirsindallelinx.com #wirsindallelinx
freiheitfuerlina.noblogs.org
notwendig.org
129antifa.net
Mehr Infos unter: rote-hilfe.de



„I like America and America likes me“

Ein Filzhutträger als Popstar? „Sonne statt Reagan“ war der schlechteste Protestsong aller Zeiten

Als Beuys 1982 auf den Bonner Rheinwiesen sein „Sonne statt Reagan“ sang, war das weder ästhetisch noch schön. Es klang wie die Fortsetzung der Abschreckungsdoktrin mit anderen Mitteln: „Hau ab mit deinen Nuklearstrategen/ Deinen Russenhassern/ Deinem Strahlenregen.“ Manche Verszeile schmerzte: „Dieser Reagan kommt als Mann der Rüstungsindustrie/ But the people don't want it – nie!“ Der Refrain „Ob Ost/ Ob West/ Auf Raketen muss Rost!“ setzte sich unangenehm im Gehörgang fest. Bei der Bundestagswahl platzierten die Grünen den Filzhutmann wohlweislich nicht auf einen aussichtsreichen Listenplatz. Wer so schlecht singt, kostet am Ende nur Stimmen!

Im Jahr zuvor war der frisch gewählte US-Präsident bereits Thema im Altbierstädter Karneval. Der Beuyschüler Rüdiger Wich, Spitzname „Tschibbi“, geborener Berndt, spielte dabei eine gewichtige Rolle. Die Session wurde zum Urknall des rheinischen Jeckenprotests. Die Initiative „Düsseldorfer gegen Atomraketen“ hatte sich gemeinsam mit der „Wandmalgruppe Düsseldorf“ zum Ziel gesetzt, den Narren Ronald Reagans „Nachrüstung“ schmackhaft zu machen. Mit dem „McRonal's Schießburger“, einem mit Atomraketen gespickten Riesen-BigMac, setzte sich der Tross 1981 als Kopie einer US-Wahlkampfparty vor den offiziellen „Zoch“. Ich hinkte als „Uncle Sam“ mit Gipsbein voran. Die Situation war brenzlig. An jenem Wochenende fand gleichzeitig die große Demonstration in Brokdorf gegen das geplante AKW statt. Wenn die Polizei dort eingriffe, würden im Gegenzug die Rosenmontagszüge im Rheinland gestört, hatten AKW-Gegner*innen gedroht. Radiomeldung aus Brokdorf: Wasserwerfereinsatz. Die Staatsmacht rüstete auf. Entlang

des Zugwegs war in den Seitenstraßen ein massives Aufgebot an Wannen (nicht die von Beuys mit Wundpflastern beklebten, sondern vollbesetzt mit Grünhelmen) postiert. An der Friedrichstraße unter dem LVA-Hochhaus wurde der Jubel-Burger gestoppt. „Tschibbi“ zog das mit Atomraketen gespickte Monstrum unerschrocken bis vor die Absperrgitter, die die Polizei quer über die Straße gezogen hatte. Als Sparringpartner von Beuys war er bestens in verbaler Konfrontation und geistigem Schlagabtausch trainiert. Im „Brennpunkt Düsseldorf“-Katalog (AK Kunstmuseum Düsseldorf; 1987) ist er auf Seite 133 in heftigem Disput mit dem Filzhutmann zu sehen (siehe Abbildung). Doch deutsche Obrigkeit steht nicht auf demokratischen Diskurs. „Brenzlige Situation, brenzlige Situation!“, zischte ein Uniformierter ins Walkie-Talkie (so hießen damals die Mobiles, etwa von der Größe eines mittleren Dinosauriers). Ein Mannschaftswagen preschte heran, grün Behelmte sprangen mit gezückten Gummiknüppeln heraus. Zwei als CIA-Agenten Kostümierte mit Trenchcoat und Schlapphut, die wir zur Absicherung der US-Wahlparty abkommandiert hatten, holten ihre Kameras heraus. Im Nu machte deutsche Staatsmacht in Kampfmontur Jagd auf die fliehenden CIA-Agenten. Auf deutscher Seite schien großes Interesse an dem Negativmaterial der CIA zu bestehen. Der EXPRESS brachte einige Zeilen über die polizeiliche Behinderung der Rosenmontags-US-Wahlparty. In „Community Murals“, dem Magazin der US-amerikanischen Wandmalbewegung, erschien im Herbst 1982 ein mehrseitiger Bericht über die Wandmalgruppe, unter anderem mit einer Abbildung des „McRonal's“. Der war da

in guter Gesellschaft mit Abbildungen von Wandbildern aus Chicago und Illinois, die sich gegen die massiven „social cuts“ der Reagan-Administration richteten. (Das Heft hat mittlerweile Sammlerwert; im Internet wird es für stolze – „buy used“ – 57,50 \$ angeboten). Die bissigen Wagen wurden Tradition. 1984 kam die „Schüler- und Lehrerinitiative für Frieden“ gleich mit einer fertigen Idee. Wir zogen dann – Motto: „Für uns Kaviar, für Euch Kohl!“ – als champagnertrinkende Unternehmer*innenschaft dem Zoch voran. „Sozialabbau helau!“, „Armut schändet nicht“, stand auf den Schildern. Das Düsseldorfer CC (Comitee Düsseldorfer Karneval e.V.) begann den talentierten Kommunikationsdesignstudenten Jacques Tilly anzufeuern: „Härter! Härter!“. Seine Wagen für den offiziellen Zoch gewannen tatsächlich an Biss. Und 2016 erhielt auch er einen mehrspaltigen Artikel in einem US-Medium (New York Times). Ohne „Tschibbis“ energischen Diskursversuch mit der Staatsmacht anno 1981 hätte der EXPRESS sicherlich keine Zeile geschrieben. Und ohne den wäre der jecke Protest sicherlich bald eingeschlafen.

Tschibbi's Senf

„Tschibbi“ war damals eine Lokalgröße. Er kellnerte auf der Ratinger Straße – jeweils in speziellem Outfit: Im „Einhorn“ mit Latzhose und eingesteckter UZ, im „Ratinger Hof“ in rotem Blouson mit aufgenähten DKP-Initialen. Und mit eben diesem Blouson ist er im „Brennpunkt Düsseldorf“-Katalog abgebildet. Nach seiner Zeit bei der DKP war er bei den Grünen, ist seit März Mitglied von DIE LINKE. Seine Kommentare zur Tagespolitik – „Tschibbis Senf“ – in Form von Text- und Bildmontagen waren kürzlich in „The Box“, der Galerie auf der Duisburger Straße zu sehen.

Wie steht's aber nun mit den braunen Flecken auf der beuyschen weißen Anglerweste? Ich rief „Tschibbi“ an. Dass Beuys Kontakte zu alten SS-Kameraden pflegte, sei bekannt. Aber genauso vorbehaltlos habe er mit damaligen Maoist*innen wie Felix Droese oder Jörg Immendorf disputiert. Die hatten im Eingangsbereich der Akademie eine riesige Pinnwand der „Liga gegen



den Imperialismus“ installiert, erinnert sich „Tschibbi“. Sein rotes DKP-Blouson und seine Mitgliedschaft in der Partei sei bei den heftigen Disputen nie Thema gewesen. Beuys habe stets den direkten Dialog mit allen gesucht, politisch etwas naiv vielleicht. Ein ausgeprägtes politisches Bewusstsein ist tatsächlich das letzte, was Beuys nachgesagt werden kann.

Alles geriet in Bewegung

Was aber Beuys bewirkte, war ein Urknall an der Akademie: Ein Professor, der den Mund aufmacht, der dem Wissenschaftsminister die Stirn bietet, ist in Deutschland wahrhaftig eine Rarität! In Folge rebellierten Studierende en masse, nicht nur gegen Professor*innen und Ministerialerlasse, sondern auch gegen Beuys selbst mit seiner verschwiemelten Rudolf-Steiner-Schwärmerei. Alles geriet in Bewegung. Stephen Reader, der sich 1972 an der Akademie immatrikulieren wollte, war per Zufall in die Sekretariatsbesetzung geraten. „Geh zu dem Mann mit Hut! Der gibt Dir die Unterschrift“, wurde ihm gesagt. Stadtveränderung braucht mehr als einen Hauch Schamanismus. Als Reader Mitte der 1980er Jahre zum Motor bei der Umwandlung des Bilker Jagenberggebäudes in Atelierraum wurde, hieß die Inspirationsquelle nicht Beuys, sondern es waren konkrete Modelle in Großbritannien, die er zu erkunden begann. Als die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) den Umbau des Salzmannbaus projektierte, konnte er dann die britischen Erfahrungen bei der Umwandlung von Fabrik- und Verwaltungsgebäuden in Atelierraum einbringen. Aktuell ist Reader aktiv in seinem „Public Private“-Projekt, das er in einer in der Weimarer Republik erbauten Siedlung (jetzt Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf, SWD) in Bilk initiiert hat. Das Öffentliche und Private – in welcher Beziehung stehen sie zueinander?

Braune Flecken auf Beuys' weißer Weste. Dass es zuweilen recht unappetitlich war, was dem Filzhutmännchen so aus dem Mund flog, ist nicht zu leugnen. So gab er mal zum Besten, wir würden „heute Auschwitz

in seiner zeitgenössischen Ausprägung erleben“. Dieses Mal würden „Körper von außen konserviert (kosmetische Mumifizierung), nicht vernichtet.“ Dafür werde anderes ausgemerzt: Talent und Kreativität z. B., „eine Art Hinrichtung im geistigen Bereich, eine Atmosphäre der Furcht wird geschaffen, die durch ihre Subtilität eher noch gefährlicher ist.“


Die Französin Barbara Catoir machte in der FAZ zu Beuys' 100. Geburtstag einen brillanten Vorschlag: Einfach Ton abschalten! Sie kann sich dabei auf Beuys selbst berufen, den sie mit den Worten zitiert: „In diesem Konzept der Gegenstände spreche nicht ich, sondern die Dinge haben ihre eigene innere Sprache.“ Die von ihm geschaffenen Bilder sind tatsächlich von großer Tiefe. Catoir zitiert Didier Sémin, der 2008 als Professor an der École Supérieure des Beaux-Arts in Paris die Auftritte von Beuys mit Szenen aus den frühen Filmen Tarkowskis verglich. Catoirs Artikel: „Parallele Universen“ war am 12. Mai mit zwei großformatigen Fotos bebildert. Das obere trug die Bildunterschrift: „Guter Hirte in Filz: Beuys und Kojote in der Aktion ‚I like America and America likes me‘, 1974.“ Zu dem unteren hieß es: „Gefährdete Gefährten: Filmstill aus Andrej Tarkowskis ‚Stalker‘ von 1979.“ Zu sehen ist ein an einem stillen oder fließenden Gewässer zusammengekauert liegender Mann; neben ihm ein achtsam wachender Schäferhund.

Joseph Beuys und Jimi Hendrix

Im Internet stieß ich auf einen Clip, bei dem mit dem Tipp „Ton abschalten!“ Ernst gemacht wurde („The Thing About... Art & Artists - Joseph BEUYS“). Eingangs drei Sätze von Beuys vor laufender Kamera. „Not only painters, sculpturers and musicians are artists“, sagt er. „Everybody's ability to think, to feel, to suffer and will something“ bedeute für ihn, dass sie die Qualität haben, Künstler zu sein. „So everybody is an artist.“ Es folgt der Schwarzweißfilm. Knapp als Text eingblendet die Stationen der Anfahrt: „In May 1974 Joseph Beuys arrives at J.F.K Airport“ – „He keeps his eyes shut and is then totally covered with felt“ – „He is put into an ambulance“ etc. Die Tonspur ist

gelöscht. Stattdessen läuft während der Dauer des Clips Jimi Hendrix Woodstock-Version der US-Hymne, bei der er Vietnam in beklemmender Weise auf seiner E-Gitarre Realität werden lässt, Granatenexplosionen, Stukaangriffe, Maschinengewehrsalven inklusive.

Lediglich auf dem „Kunst im Unterricht“-Internetportal stieß ich auf eine qualifizierte Sachdarstellung der Kojote-Aktion. Die Schülerin „Anna Müller“ beschreibt knapp die Anfahrt von Beuys zur Galerie René Block am Broadway, schildert dann: „In einem separaten Raum wurde er, zusammen mit einem amerikanischen Kojoten, namens ‚Little John‘, für die Dauer von 3 Tagen und 3 Nächten eingeschlossen. In diesem Raum ordnete er täglich die neueste Ausgabe des Wall Street Journal und stapelte Filzbahnen. [...] Zu Beginn war der Kojote aggressiv und verunsichert. Aber durch die längere Zeit, die er mit dem Künstler verbrachte, fasste er immer mehr Vertrauen zu dem Menschen und näherte sich diesem an. Die Beziehung wurde immer inniger. Beuys legte sich auf das Strohlager, das eigentlich für den Kojoten vorgesehen war, und das Tier dagegen schlief auf den Ausgaben des Wall Street Journal.“ Die Schülerin schließt den Bericht mit den Zeilen: „Zum Abschluss der Aktion ließ er sich, wie bereits zu Beginn, wieder in Filz einwickeln und im Krankenwagen zum Flughafen bringen.“

Warum wurden jeden Morgen frische Ausgaben des Wall Street Journals in den Drahtverhau gelegt? War dies eine Anspielung auf die nicht nur an der Wall Street, sondern in ganz Manhattan grassierende Grundstücksspekulation? 1971 hatte Hans Haacke diese im Guggenheim thematisieren wollen. Die Ausstellung wurde von der Museumsleitung kurzfristig abgesagt oder um's auf „russisch“ zu sagen: brutal zensiert. Wollte Beuys womöglich mit seiner Koexistenz mit dem Kojoten aufzeigen, dass es auch andere Umgangsformen gibt, als Büffel, Ureinwohner*innen, Kojoten abzuknallen bzw. Schwarze und Latinos durch Grundstücksspekulation aus ihren Stadtvierteln zu vertreiben? Stellt man bei Beuys den Ton ab (auch die Kommentare von Kunstwissenschaftler*innen, -historiker*innen und -didaktiker*innen), können tatsächlich interessante Gedanken in einem*einer aufsteigen. 

Filzhüte en masse.
Richard Oelze: „Die Erwartung“ 1935/1936;
vom New Yorker Museum of Modern Art
1940 erworben. (Ausschnitt)

#FlaggeZeigen

An der Hochschule Düsseldorf (HSD) wurde am 17. Mai die Regenbogenfahne gehisst. Die Aktion fand zum zweiten Mal statt. Soweit nichts Besonders mehr? Nicht ganz.

In Zeiten der Pandemie, in denen Abstandsregeln und Kontaktbeschränkungen gelten, ist es schwer, eine Veranstaltung zu organisieren – mit Ehrengästen, Presse und großer Sichtbarkeit. Das zu stemmen ist etwas Besonderes. Auch und vor allem mit Blick auf das Anliegen von #FlaggeZeigen. Ein Gespräch mit Martin, für das autonome Referat für bisexuelle und schwule Studierende in Düsseldorf Mitinitiator der Aktion. Und mit Paul, aktiv für #FlaggeZeigen an der HS Düsseldorf.

Martin und Paul, wofür steht die Regenbogenfahne für Euch?

Paul: Die Regenbogenfahne? Sie ist für mich vor allem ein Ausdruck für einen Teil meiner Identität.

Martin: Und sie ist ein Symbol für „pride“ und Sichtbarkeit für LSBTIQ* – für unsere Interessen und für uns als Menschen. Darum haben wir auch 2021 mit #FlaggeZeigen ein Zeichen gesetzt.

Warum habt Ihr diesen Weg gewählt?

Martin: Wir hatten die Aktion im letzten Jahr das erste Mal durchgeführt – damals mit dem Vorlauf von knapp einhalb Jahren und vielen Gesprächen vorab. Jetzt wollten wir Kontinuität schaffen und zeigen, dass wir auch in diesen Zeiten in unserem Engagement stark bleiben. Symbole sind dafür eine gute Möglichkeit.

In letzter Zeit sind Symbole wie die Regenbogenfahne auch Ziel von Anschlägen geworden. Beschäftigt Euch das?

Paul: Ich war schockiert als ich davon hörte, dass in Köln Regenbogenfahnen angezündet worden sind. Auch in Düsseldorf wurden Flaggen beschädigt. Klar ist, Symbole sind oft mächtig und das sollen sie auch sein. Sie stehen für etwas und das darf auch zu Diskussionen führen. Was gar nicht geht, ist diesen Hass unbeantwortet zu lassen.

Was antwortet Ihr Menschen, die so etwas tun?

Martin: Auf Hass, darf niemals Hass die Antwort sein. Schweigen aber auch nicht. Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die den Wandel in der Gesellschaft und auch in ihrer Religion wollen. Für uns steht die Regenbogenfahne für Sichtbarkeit, Kraft, Mut und auch Widerstand

Paul: Und diesen werden wir leisten. So vielfältig und kreativ wie möglich – und zu jeder Zeit.



ASTA

Hochschule Düsseldorf

Vielfältig war auch Eure Aktion #FlaggeZeigen. Wie lief es?

Paul: Alles in allem sind wir zufrieden.

Natürlich hätten wir uns lieber mit vielen Menschen versammelt. Denn unser Wunsch ist es selbstverständlich, dass sich viele beteiligen können und von unserer Aktion erfahren. Das ist uns aber auch jetzt auf jeden Fall gelungen.

Martin: Bezirksbürgermeister*in Annette Klinken war vor Ort, was auch ein schönes Zeichen der

Wertschätzung ist. Uns erreichen ganz generell viele positive Rückmeldungen auf unser Regenbogenlogo der HSD. Mit unserer dezentralen Foto-Kampagne unter dem Hashtag #FlaggeZeigen war unser Anliegen sehr präsent.

Paul: Dann gibt es ja auch die Umfrage zur Situation von bisexuellen und schwulen Studierenden im Hochschulkontext. Die Auswertung wird noch etwas dauern, aber schon jetzt erhalten wir positives Feedback dafür, dass wir mit der Befragung das Thema stark machen.

Was kommt als Nächstes?

Paul: Nicht alles was wir uns überlegt hatten, konnten wir umsetzen. So hätten wir gerne auch ein Kunstwerk der Vielfalt am Campus geschaffen. Das wurde so, in der geplanten Form, leider nicht genehmigt. Wer uns kennt, der weiß: Hürden halten uns nicht auf. Wir sind in Gesprächen und vielleicht finden wir

einen anderen Ort, an dem wir Raum dafür finden.

Martin: Und wir starten auch wieder mit Online-Veranstaltungen, bis wir uns wieder real treffen können.

Können Ihr zusammenfassen, was das Referat ganz grundsätzlich macht?

Martin: Klar, gerne. Wir sind im Grunde die Interessenvertretung für LSBTIQ*-Studierenden in Düsseldorf und an der HSD. Auch im Studium gibt es viele Situationen und Fragestellungen, die auf queere Studierende zukommen. LSBTIQ*-Menschen ein sicheres Umfeld zu bieten, in welchem sie sich ausprobieren und Menschen kennenlernen können, sehen wir als unsere Aufgabe. Aber eben auch Ansprechpartner für Gremien und Professor*innen zu sein.

Paul: Mitmachen geht natürlich auch, am Einfachsten durch unsere Email-Adresse: bi.schwulenreferat@asta-hsd.de. Sprecht uns einfach an.

Danke, Ihr beiden, für das tolle Gespräch!



Artist: cakeforemore

Der Antifa-AK an der HSD präsentiert als Mitveranstalter:

INPUT antifaschistischer Themenabend in Düsseldorf:

Die rechtsterroristische „Gruppe S“ vor Gericht – erste Zwischenbilanz mit NRW- und Düsseldorf-Bezug

Dienstag, 29. Juni 2021,
19:30 Uhr, zakk, Fichtenstraße 40

Referent*innen:
Prozessbeobachtungsgruppe der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW“ und Antirassistisches Bildungsforum Rheinland

Am 13. April 2021 startete vor dem OLG Stuttgart der einstweilen bis Sommer 2022 terminierte Strafprozess gegen zwölf Männer aus sechs Bundesländern, darunter auch drei aus NRW. Sie werden beschuldigt, eine rechtsterroristische Gruppe gegründet zu haben und/oder in einer solchen Mitglied gewesen zu sein bzw. – im Falle eines im Polizeiverwaltungsdienst stehenden Angeklagten aus Hamm – diese Gruppe unterstützt zu haben. Die „Gruppe S“ plante, bewaffnete Anschläge auf Moscheen zu verüben und hunderte Muslim*innen zu ermorden. Weitere Anschläge, u.a. auf politische Gegner*innen, sollten folgen. Ziel war, einen Bürgerkrieg zu entfachen und dadurch einen „Systemumsturz“ einzuleiten. Die Mitglieder der „Gruppe S“ und ihr nahes Umfeld stammen nicht aus klassischen Neonazi-Gruppierungen, sondern aus germanentümelnden und/oder sich als „Bürgerwehren“ verstehenden extrem rechten Strukturen wie „Soldiers of Odin“, „Freikorps Heimatschutz“, „Vikings Security Germania“, „Wodans Erben Germanien“ und „Bruderschaft Deutschland“ (BSD): zornige, mehrheitlich ältere weiße Männer, die sich als „letzte Bastion“ im Kampf für ihre „Heimat“ verstehen. Dass nicht auch Düsseldorfer BSD-Führungspersonen auf der Anklagebank sitzen, haben diese vermutlich einem Zufall und eventuell auch fehlendem Verfolgungsinteresse der Strafverfolgungsbehörden zu verdanken.

Aktuelle INPUT-Veranstalter: Antifaschistischer Arbeitskreis an der HSD und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR) und SJD – Die Falken Düsseldorf.

Diese Seite wird erstellt vom AStA der Hochschule Düsseldorf. V.i.S.d.P. ist der aktuelle Vorsitz des Allgemeinen Studierendenausschusses.

Neues aus der Plattenkiste

Handverlesen
und präsentiert von
The Oberbilker

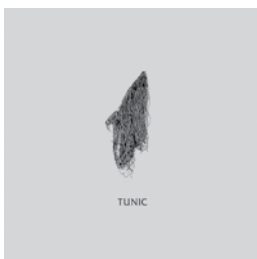


1979 nahmen die „Brats“ aus Kopenhagen ein Tape auf, das leider nie rauskam. Denn mit der Namensänderung zu „Mercyful Fate“ verschwanden die Aufnahmen erst einmal in der Versenkung. 2008 wurden die Punk-Perlen dann das erste Mal auf „Arg! Records“ veröffentlicht. Jetzt haben sich „High Roller Records“ erbarmt und die Killed-By-Death-Granaten, remastered vom Original-Tape, mit Liner Notes und Fotos auf Vinyl wiederveröffentlicht. Wer wissen will, wie sich das Leben 1979 in Dänemark angefühlt hat, sollte sich auf jeden Fall **The Lost Tapes – Copenhagen 1979** von den **Brats** zulegen. Seite A fängt auch stilgerecht mit „On Dope“ und „No School“ an. Wer Glück hat, kriegt vielleicht noch eine Version auf silberfarbenen oder durchsichtigem rot-weißem-splatter Vinyl, klassisches schwarz ist aber auch erhältlich:

<https://www.hrrshop.de/BRATS-The-Lost-Tapes-Copenhagen-1979-LP-BLACK>



Martin von EA80 hat mir dann die Tage einen Tipp zukommen lassen, und da musste ich auch zuschlagen. **The Lumes** aus Rotterdam haben via „Musikzimmer“ und „Lichtung“ eine Single rausgebracht, auf der zwei Songs vom 2015er Tape **Lust** sind. Post Rock/Punk, der einem*einer kalte Schauer über den Rücken jagt. Herausgekommen in einer Auflage von 120 Exemplaren, Die-Cut-Cover, Textblatt-Sammler*innenherz, was willst Du mehr. „Satan“ und „Nervous“ sind seit Tagen in Dauerrotation auf dem Plattenteller: <https://thelumes.bandcamp.com/album/lust>



Gehen wir nach Kanada: **Tunic** haben ihr neues Album **Exhaling** auf „Artobject Records“ aus Toronto rausgebracht. 500 Kopien auf gelbem Vinyl und bestens geeignet für Fans von

Da in der letzten Terz Ausgabe meine Rezensionen alle ein wenig krautlastiger ausgefallen sind, aber im Noise-Rock, Punk oder Wave Bereich auch sehr gute Releases herausgekommen sind, gibt es diesmal etwas in diesem Bereich auf die Ohren. Alle Releases sind aus dem Jahr 2021 und müssten noch erhältlich sein.

Metz, Pissed Jeans oder Ten Volt Shock. Ein grandioses Album, einfach kaufen, anhören und durch die Wohnung moschen, immer wieder! Das ganze Album läuft einfach gut rein, alle Songs! <https://tunicband.bandcamp.com/>



Bristol, die uns mit ihrem Album **Wasteland or What Ails Our People Is Clear** beglücken. Herausgekommen auf „Settled Law Records“ hat mir die LP auch schon manchen Abend versüßt. Klassischer nöliger UK-New-School-Punk, dem man die Frustration anmerkt, die Jungs sind einfach nur ‚Pissed‘. Auch eine Granate, obwohl es mit 11 Songs leider nur die Hälfte des Tunic Albums fasst, das mit 22 Tracks ausgestattet ist. Aber dafür sind die Songs länger und etwas differenzierter aufgebaut. Es gibt 500 Kopien auf schwarzem Vinyl, Anspieltipp hier: „Pariah“ <https://licebanduk.bandcamp.com/>



Zum Schluss machen wir noch einen Abstecher nach Belgien, zum Label „Stroom“. Stroom veröffentlicht neue belgische Künstler*innen, tätig aber auch Wiederveröffentlichungen, wie zum Beispiel die **Whale** Split EP von **White Light** und **Joe Bogaert**. Joe Bogaert war auch bei White Light als Gitarrist und Texter dabei. White Light und Joe kommen beide aus Aalst in Belgien und sind New Wave Urgesteine. Auf der EP sind alte Aufnahmen von 1982 / 1983, jeder Act steuert

zwei Songs dazu. White Light: „I Want You To Know Me“ und „I Hear A Whale Song“ von selbstbetitelt Album „White Light“. Und Joe Bogaert: „Would You“ und „So Obscene“ vom Album „None Of Them Are Green“. Alle vier Songs sind eher ruhigere Wave-Nummern aber unbedingt hörens-wert. Besonders da die Original-Alben schon lange Out-of-print sind und ca. im 50 bis 60 Euro-Bereich liegen. <https://stroomtv.bandcamp.com/album/whale>

SO DAS WAR ES FÜR DIESEN MONAT, THE OBERBILKER



Upps, beinahe vergessen, von Alan Vega, ja der von „Suicide“, wurde posthum über „Sacred Bones Records“ das Album „Mutator“ veröffentlicht. Die Aufnahmen stammen von Mitte der Neunziger Jahre aus Alans Privataarchiv, das von seiner letzten Lebensgefährtin Liz Lamere und ihrem gemeinsamen Sohn Dante Vega Lamere verwaltet wird. Liz hat Alan auch in dieser Phase musikalisch unterstützt, an den Keyboards und am Gesang: <https://www.sacredbonesrecords.com/products/sbr271-alan-vega-mutator>

Das Archiv ist wohlgefüllt, so dass es Hoffnung gibt, dass noch weitere Veröffentlichungen das Licht der Welt erblicken und uns erfreuen. Mein Tipp vom Album ist: „Nike Soldier“, dazu ein verstörendes Video mit einer destruktiven Ausstrahlung, passend zum Pfingstmontag, an dem ich diese Zeilen schreibe. Der Link zum Video: <https://youtu.be/p63uxLCI260>

Und natürlich, alles Gute zu Geburtstag Bob! Wie gesagt es ist Pfingstmontag, der 24. Mai (-:

Der Pressedienst der Gruppe Internationaler Kommunisten (Holland) 1928 – 1933

Die aktuelle Lage im „Corona-Sommer“ 2021

Auf der einen Seite haben wir enttäuschte und wütende Querdenker*innen, vor allem aus dem rechten Lager der Gesellschaft. Sie sehen die Corona-Politik von Merkel und Co. als Angriff auf die Freiheitsrechte der Deutschen. Manche der gebildeten und belesenen Verschwörungstheoretiker*innen unter ihnen vermuten gar die Einflussnahme subversiver internationaler Kräfte auf das deutsche Gemeinwesen.

Auf der anderen Seite wehren sich Antifaschist*innen gegen den rechten Sumpf. Sie verhindern Aufmärsche der rechten Brut, appellieren an die staatspolitische Verantwortung des Bürgers / der Bürgerin, die Seuchenbekämpfung ernst zu nehmen. Auch sie verschonen die Staatsorgane nicht mit kritischen Anmerkungen.

Ob lechts oder rechts, alle haben hohe Ansprüche an die Obrigkeit, die nie restlos befriedigt werden. Denn ausdrücklich setzt sich die Herrschaft von den in der Gesellschaft existierenden Einzelinteressen ab und begünstigt diese nur, wenn sie dem Gesamtinteresse, also dem Staatswohl dienen. Da wird gerne der Großkapitalist gefördert und in den schlimmsten Krisensituationen gestützt, während der*die kleine Lohnarbeiter*in oder Bezieher*in von Transferleistungen vom Amt drangsaliert und mit unwürdigen Lebensbedingungen abgespeist wird. Bisweilen kommt es sogar vor, dass Mahnungen von Verbraucherschützer*innen und Wohlfahrtsverbänden Gehör finden und Industrie-, Handels- und Immobilienkapital in ihre Schranken verwiesen werden. Schließlich soll die ständig gefährdete Funktionsfähigkeit der Lohnarbeiterklasse erhalten bleiben und der abgehängte Teil der Gesellschaft nicht durch unkontrolliertes Handeln den Zusammenhalt der fiktiven Gemeinschaft gefährden.

Ein Blick zurück: Die Gruppe Internationaler Kommunisten (Holland)

Schon vor hundert Jahren haben sich Kommunist*innen überall auf der Welt - im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und den Parteien, die sich in der von der Sowjetunion geführten Kommunistischen Internationalen wiederfanden - von jeder Illusion über den Staat als Wohltäter der

Menschen und über die kapitalistische Ökonomie als Befördererin des Wohlstandes für alle verabschiedet. Sie prangerten nicht nur gesellschaftspolitische Verhältnisse an, die zum Schaden der Mehrheit der Bevölkerung gereichten. Auch die herkömmlichen sozialdemokratischen Gewerkschaften kamen als Liebhaberinnen der Lohnarbeit (nicht der Lohnarbeiter*innen!) nicht ungeschoren davon. Sie kritisierten deren „Interessenvertretung“ als eine Bevormundung durch gut bezahlte Gewerkschaftsführer zum Schaden der von ihnen Vertretenen und als Kumpanei mit der Gegenseite, dem Kapital.

Ausdrücklich vertrat dies zum Beispiel die Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK - Holland). Sie arbeitete nach dem Ersten Weltkrieg und der Oktoberrevolution eng zusammen mit der deutschen KAPD (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands) und AAU (Allgemeine Arbeiter-Union). Eng war sie auch - trotz erheblicher Differenzen - im kritischen Dialog mit den Industrial Workers of the World (IWW) in den USA verbunden. Die GIK formulierte nicht nur eine Kritik der Sozialdemokratie, sondern auch der Kommunistischen Internationale, weil diese statt einer selbstbestimmten, räte-demokratisch organisierten sozialistischen Gesellschaft den Staatskapitalismus bzw. Staatssozialismus beförderte.

Der Pressedienst der Internationalen Kommunisten

Die Gruppe Internationaler Kommunisten veröffentlichte von 1928 bis 1938 in den Niederlanden den „Persdienst van de Groepen van Internationale Communisten“. Die teilweise deutsche Übersetzung erschien bis 1933 unter dem Titel „Pressedienst“. Ab 1934 wurde die deutschsprachige Ausgabe umbenannt in „Internationale Rätekorrespondenz“. Schwerpunkte des Pressedienstes waren die Gewerkschaftskritik, die Dokumentation selbstständiger Kämpfe der Arbeiterklasse, die Perspektiven einer Bedarfswirtschaft auf rätendemokratischer Basis, die Entwicklung der Landwirtschaft im Kapitalismus, die Kritik des Anarchismus in Spanien, die Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in der Sowjetunion und die Analyse des aufkommenden Faschismus bzw. Nationalsozialismus in Europa und insbesondere in Deutschland.



Die Perspektive einer herrschaftsfreien Gesellschaft, einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, war die Grundlage der theoretischen Arbeiten der Gruppe. Schonungslos wurden demokratische Verschleierungen von Herrschaft aufgedeckt, Ausbeutung fand in den Augen der GIK auch dort statt, wo freie Lohnarbeiter sich frei dem Kommando des Kapitals unterordneten. Und Letzteres gab es ihrer Meinung nach auch in der Sowjetunion. Dort war es nicht das Kapital, sondern der Staat, der sich eine riesige Lohnarbeitermannschaft unterwarf - zum Aufbau eines sogenannten Sozialismus' und eines sozialistischen Staates, der in der internationalen Konkurrenz sich behaupten sollte.

All dies lässt sich jetzt in der neu vorgelegten Dokumentation nachlesen. Die Herausgeber des Buches haben die Dokumentation des Pressedienstes durch zwei weitere Schriften der GIK ergänzt. Zum einen übersetzten sie einen grundlegenden Artikel von 1930 zur Landwirtschaft im Kapitalismus - „De ontwikkeling van het boerenbedrijf. Ontwikkelingslijnen in de landbouw“ („Entwicklungslinien in der Landwirtschaft“) - aus dem Niederländischen und veröffentlichten ihn erstmalig in deutscher Sprache. Zum anderen findet sich als abschließender Text eine Faschismusanalyse - übersetzt aus dem Englischen - von Anton Pannekoek, einem Protagonisten der GIK.

Ausblick

Die Ausführungen der Gruppe Internationaler Kommunisten sind alt, aber nicht veraltet. Wenn heute junge Menschen sich um die Klimaveränderungen durch den Schadstoffausstoß der kapitalistischen Wirtschaft Sorgen machen, wenn Menschen ihre Wohnungen verlieren, weil Wohnraum Spekulationsobjekte sind, wenn sich die Gesundheit zum größten Geschäftszweig

entwickelt und die Zahlungsfähigkeit vieler Menschen weltweit überfordert, die Preise der Nahrungsmittel für einen Teil der Bevölkerung unbezahlbar werden, wenn in der Schule neben einer gut ausgebildeten Elite immer mehr junge Menschen von grundlegender Bildung systematisch ausgeschlossen werden, wenn die Lohnarbeit unerträglich wird,

wenn ... lohnt es sich, die kompromisslose Analyse und Strategie der holländischen Kommunisten im Hinblick auf eine korrekte Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Überwindung unerträglicher Verhältnisse weltweit und die Gestaltung einer neuen Gesellschaft, die frei von Ausbeutung und Unterdrückung ist, zur Kenntnis zu nehmen. Alle Macht den Räten!

Gruppe Internationaler Kommunisten (Holland): Pressedienst der Internationalen Kommunisten 1928 - 1933. Herausgegeben von Hans-Peter Jacobitz und Thomas Königshofen in Zusammenarbeit mit aaap. be. Verlag: Syndikat-A, anarchosyndikalistischer Medienvertrieb, Moers 2021. ISBN: 978-3-949036-01-9, Taschenbuch: 216 Seiten, Preis: ca. 15,80 Euro.

HENRICI

Why we matter

Macht sichtbar zu machen ist ein politisches Projekt internationaler Tragweite. Es kann uns nach vorne bringen, wenn wir Macht und unterschiedliche Unterdrückungssysteme als verschränkt begreifen und uns anschauen, wie sie sich gegenseitig (ver)stärken. In „Why we matter“ schildert Emilia Roig die Möglichkeiten, intersektionaler Gerechtigkeit näher zu kommen. Ob in Schule oder Werkstatt, im Familienwohzimmer, im Gerichtssaal oder in der Diversität von Körpern und „Geschlecht“.

Emilia Roig beschreibt in ihrem Buch die Unterdrückung und Ausbeutung durch Kapitalismus, Rassismus und Sexismus. Sie denkt diese Strukturen und Denkweisen als ineinander verwoben, also als intersektional. Durch ihren grundlegenden Blick auf diese Verschränktheit, mit der Machtverhältnisse zu und miteinander in Beziehung stehen, gelingt es ihr, zu beschreiben und zu analysieren, wie Privilegien und Unterdrückung gleichzeitig bestehen: dass sehr viele Menschen in einem bestimmten Kontext „Täter*in“ sind, und zugleich in Bezug auf einen anders gelagerten Zusammenhang „Opfer“; dass sie in einem Fall oder in einer Situation Privilegien haben, und in anderen nicht. Diese theoretischen Überlegungen verbindet Roig immer wieder mit persönlichen Gedanken über ihr Leben oder ihr Aufwachsen in einer „transracial“ Familie. Dabei umreißt sie ein Panorama all der Zustände und Strukturen, mit denen es eine emanzipatorische Linke heute zu tun hat. Im Einzelnen untersucht und diskutiert Roig, Gründerin des in Berlin ansässigen Center for Intersectional Justice (2017), entlang von Kontaktzonen und Räumen, wo Ungleichheit als Machtfaktor in täglichen Begegnungen wie in strukturellen Zusammenhängen relevant ist: in Medien, in Schulen und Universitäten, in Gefängnissen und Justizwesen, im „Körper der Frauen“,

in der Medizin und nicht zuletzt stets in der langen Tradition des Kolonialismus. Immer wieder fragt sie: Wer ist wie sichtbar? Wer darf sprechen? Wer wird wo repräsentiert? Wer macht die (unbezahlte) Arbeit, und wer definiert (dabei) eigentlich z.B. „Leistung“, „Gesundheit“ oder „das Normale“? Diese Fragen klingen banal, in ihrer Einfachheit (ebenso wie in den Antworten) liegt aber eine Radikalität und (damit) eine große und motivierende Kraft. So arbeitet Emilia Roig etwa heraus, dass Schule und Universität heutzutage die größten Barrieren und Filter für den späteren Lebensweg sind. Zu diesen wie den anderen Bereichen, die sie beschreibt, formuliert sie allerdings, dass sich Menschen seit langem und immer wieder mit Energie und Stärke auf den Weg machen, um hegemoniale Strukturen lautstark zu benennen. Darin, so Roig in verschiedenen Interviews zu ihrem Buch, liege die berechtigte Hoffnung, dass intersektionale Gerechtigkeit greifbar werden, dass sie real werden kann.

Roig meint hier vor allem die Kraft eines anderen Wissens. Das vorhandene, und von rassistischen und sexistischen Mustern durchzogene („europäische“) Wissen kann etwa dekolonisiert werden. Falsche Vorstellungen davon, was zum Beispiel Objektivität oder Neutralität seien, können überwunden werden, wenn Wissensbestände über von Macht und Privilegien gesetzte „Traditionen“ hinweggehen. Dabei ist Roig in einem Punkt sehr klar: Unterschiede zwischen Menschen sind da. Es wäre naiv, sie zu leugnen. Nicht allerdings diese Verschiedenheit ist das Problem. Trennend sind vielmehr die Wertungen und Abwertungen, die damit verbunden sind und Unterdrückung vorausgehen. Sie zu stoppen ist möglich. Dabei vergisst Emilia Roig bei all der (Beschreibung von) Abwertung und Gewalt, von Trauma und Tod nie, dass es um mehr Anteilnahme, Kooperation und Fürsorge gehen muss. Ohne Selbstliebe gibt es keine Veränderung und keine Kraft dafür.



Roig zeigt die Vielseitigkeit von Unterdrückungsverhältnissen. Ihr geht es aber immer auch um Handlungsfähigkeit, einzeln und gemeinsam – und was dafür nötig ist. Sie zeigt nicht zuletzt anschaulich, an historischen und aktuellen Kämpfen und Bewegungen, dass auch „Unterdrückte“ handeln und Widerstand leisten.

Das beeindruckende und vielseitige Buch ist Ergebnis eines akademischen Aktivismus. Die knapp 400 Seiten sind bei aller Intensität aber leicht und unangestrengt lesbar. „Why we matter“ ist gut geeignet, an interessierte Verwandte, Nachbar*innen oder Mitbewohner*innen verschenkt – oder verliehen – zu werden. Im Kreis von Freund*innen und Genoss*innen kann es zuversichtlicher machen. Und klarer über unsere Position, Power, unser Gehörtsein und Raumeinnehmen. So unterschiedlich wir auch sind.

BERND HÜTTNER

Zum Buch von Emilia Roig: Why We Matter. Das Ende der Unterdrückung, Aufbau Verlag, Berlin 2021, 396 Seiten, 22 EUR lohnt es, die Video-Dokumentation der Buchpremiere im Berliner Gorki-Theater im Februar 2021 anzusehen – vor, beim, nach dem Lesen: <https://www.youtube.com/watch?v=KkWXtUASKqM>

HINTERHOF

LINKES ZENTRUM

Sa 05.06.21, 14:00 bis 16:00

Kuchen & Schnittchen – Take away Teil 2

Nach dem überwältigenden Erfolg im März gibt es am 05.06. in alter „Soli-Futtern-Manier“ ein weiteres kulinarisches Lebenszeichen aus dem Linken Zentrum: Wir versorgen euch mit Kuchen, Schnittchen & Suppe im Glas zum Mitnehmen. Kommt vorbei, sucht Euch was aus und macht es Euch damit zu Hause gemütlich. Wir backen mehrere Sorten Kuchen und für den deftigen Appetit



gibt es auch noch etwas – alles gegen eine Spende für einen guten Zweck. Wie Ihr Euch denken könnt, können wir Euch gerade leider immer noch nicht zum Kaffee-Klatsch vor Ort einladen – daher handelt es sich um ein reines Take away – Angebot am Küchenfenster. Wir freuen uns trotzdem, Euch am Linken Zentrum zu sehen und mit Leckereien zu versorgen. Wie immer: Bitte denkt an Maske, Abstand und Pulkvermeidung!

Unterstützt den Hinterhof! Spendet an:
 KUPO e.V.
 IBAN: DE44 3005 0110 1004 7814 88
 Stichwort: Hinterhof
 Kontakt: info@linkes-zentrum.de

CULTIGE? ZEITEN

Rock gegen Rechts

Sa., 26.06., Zakk, Fichtenstr. 40, Hybrid (Biergarten & Online), ab 17h, Eintritt frei (nach Anmeldung – siehe www.zakk.de)

Das Festival aus dem Volksgarten kommt als Hybrid-Veranstaltung live und online ins zakk und wird mit politischen Künstler*innen ein Zeichen gegen Rechts setzen. Rock gegen Rechts Düsseldorf hat in den vergangenen Jahren jeden Sommer mit einem Festival ein lautes und starkes Zeichen gegen rechtsextreme Entwicklungen in unserer Gesellschaft gesetzt. Dieses Jahr wird diese Tradition fortführen mit einem Bühnenprogramm mit politischen Musiker*innen und wir werden gemeinsam ein Statement gegen Rechts setzen. Kommt auf ein kaltes Getränk vorbei oder genießt die Show zuhause auf dem Sofa im Livestream.

Irmgard Keun: „Kind aller Länder“

So., 06.06., 11h, Kom!ma, online (<https://youtu.be/72cJamuGOGk>), Eintritt frei

Szenische Lesung mit Petra Kuhles und Christiane Lemm. Der erstmals 1938 in Amsterdam erschienene Roman erzählt die Geschichte der zehnjährigen Kully. In einem ungekünstelten Erzählton, kindlich naiv und doch erstaunlich abgeklärt, berichtet sie von ihrem Leben in der Emigration. Kully nimmt die Leser*innen mit auf eine rast- und heimatlose, abenteuerliche Flucht quer durch Europa und bis nach Amerika. Die Autorin verarbeitet in dem Werk außerdem literarisch ihre leidenschaftliche Affäre mit Joseph Roth im Exil in Ostende.

Neue offene Bücherschränke

Fr., 18.06., 13h Marktplatz Benrath / 15h Apostelplatz Grafenberg / 17h Wersten bei der Stadtbibliothek an der Liebfrauenstraße

Elf offene Bücherschränke gibt es mittlerweile in Düsseldorf. Die Schränke bieten nicht nur die Möglichkeit, sich mit Lesefutter einzudecken und unerwartete Funde zu machen: Sie sind auch Treffpunkte für Bücherwürmer und dienen zum gegenseitigen Austausch. Sobald Corona es zulässt, sind auch wieder Aktionen rund um die Schränke geplant – einen Anfang macht die konzertierte Einweihungsaktion von gleich drei Schränken. An allen Schränken wird es ein kleines Kulturprogramm geben – und natürlich freuen sich alle neuen Standorte über einen Beitrag zur Erstbefüllung! Neben dem Kulturamt sind es zahlreiche Bürger*innen, die mit Spenden und persönlichem Engagement die Weiterentwicklung des Projektes ermöglichen.

Tatort Düsseldorf: Literarische Krimtour

So., 20.06., 14h, 10,- Euro
 Anmeldung: maren.jungclaus@literaturbuero-nrw.de
 Was haben Henri Lavalle, Linus Roth, Katrin Sandmann, Benedikt Engel und Ella Bach gemeinsam? Sie alle bemühen sich als Kommissar*innen oder Detektiv*innen um Aufklärung kniffliger Verbrechen, die allesamt im Düsseldorfer Stadtgebiet stattgefunden haben. Und sie alle entstammen – mit vielen literarischen Kolleg*innen – der Phantasie von Düsseldorfer Autor*innen. Angesichts der Menge an Düsseldorfkrimis sollte man nicht nur meinen, die Landeshauptstadt sei ein beunruhigend unsicheres Pflaster, sondern bringt auch extrem originelle Verbrecher*innen und Ermittler*innen hervor. Diese Tour mit Maren Jungclaus vom Literaturbüro NRW führt zu den Handlungsplätzen einiger literarischer Kriminalfälle, stellt Texte und Autor*innen vor und erweitert Ihre Leseliste.

Claiming Common Spaces III: Welcome to the Pleasurezone

03. bis 13.06., App-Parcours zwischen Hbf und Erkrather Straße
 Das FFT Düsseldorf und das tanzhaus nrw haben zwölf Stationen zwischen dem Düsseldorfer Hauptbahnhof und dem tanzhaus auf der Erkrather Straße markiert. Mithilfe der kostenlosen App „[k] to go“ können Passant*innen am Boden angebrachte QR-Codes einscannen und digitale Performances erleben. Auf dem Handydisplay verschmelzen Tänzer*innen, Performer*innen und Stadtraum in einer Augmented Reality: der Worringer Platz wird zur Tanzfläche, das KAP1 – der zukünftige Spielort des FFT – zur Open-Air-Bühne. Mehr Informationen zum App-Parcours, der genauen Route in Düsseldorf sowie zur gesamten Veranstaltungsreihe unter <https://produktionshaeuser.de/ccs/claiming-common-spaces-iii-welcome-to-the-pleasurezone/>

SommerBier und Garten

Freitags, zakk, Fichtenstr. 40, ab 18h, Eintritt frei
 Einlass nur für Getestete, Geimpfte und Genesene.
 Endlich! Das Zakk öffnet den Biergarten und sorgt mit DJ MajorTom für eine gemütliche musikalische Unterhaltung. Dazu gibt es kühle Drinks und hoffentlich viel Sonne.

Das Buch zu Gast im zakk

Mo., 07.06., zakk, online via Zoom (Link unter www.zakk.de), 20h, Eintritt frei
 Das Team „Wort und Bühne“ stellt sich den wichtigen Fragen zum Thema „Buch“. Darf ich mit dem Textmarker in das Buch schreiben? Was mache ich bei einem Hardcover mit dem Umschlag oder aber auch „EBook vs. Haptik vs. Cover“. Bei digitalen Teamsitzungen hat sich das zakk-Team Wort&Bühne die privaten Bücherregale gezeigt und dabei kam die Frage auf: Und was liest du so? Was hat sich in der Zeit der Pandemie mit deinem Lesefluss verändert? Auch die Frage: Welches Getränk zu welchem Buch muss und soll hier behandelt werden. In der Theorie sowie in der Praxis – mit dem Blick auf die Buchseiten, auf den Inhalt und in das Glas.

Selbstorganisierter Wohn- und Arbeitsraum für Künstler*innen

So., 13.06., Zakk, Zoom-online-Tagung (Link unter www.zakk.de) ab 11h, Eintritt frei
 Der Rat der Künste, der Zweck e.V. sowie der VdDK 1844 wollen für die Künstler*innen in Düsseldorf eine gesicherte Zukunft schaffen. Dazu gehört Wohn- und Arbeitsraum, der auch für künftige Künstler*innengenerationen sicher ist. Bei der Zoom-Tagung sollen Best-Practice-Beispiele von selbstorganisierten Ateliers vorgestellt und Möglichkeiten erörtert werden, wo und wie Initiativen Unterstützung erhalten können. Hierfür stehen Tobias Stroppe von Startklar, Miriam Pflüger von der Montag Stiftung Urbane Räume und der Architekten Benedikt Stahl zur Verfügung.

Der andere deutsche Völkermord

Di., 15.06., Zakk, Biergarten, Fichtenstr. 40, 19h, Eintritt frei
 Referat und Diskussion mit Hannes Heer (Hamburg).
 80 Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion. Veranstalter*innen: Friedensforum Düsseldorf, VVN-BdA NRW, DFG/VK NRW, Ver.di Bezirk Düssel-Rhein-Wupper & zakk